

## Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

### Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 – Nachhaltiges Wachstum – Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nach § 32 der Haushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg (Landeshaushaltsordnung – LHO) –

#### Inhalt

1.	Anlass und Zweck der Mitteilung	5.6	Verbesserung der medizinischen Versorgung
2.	Ausgangslage	5.7	Soziale Infrastruktur
3.	Maßnahmen der Europäischen Union und der Bundesregierung	5.8	Lebensader Hamburger Hafen
4.	Ziel der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010	5.9	Mehr Sicherheit
5.	Die Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010	5.10	Stadtentwicklung und Umwelt
5.1	Hilfe für Hamburger Unternehmen	6.	Darstellung im Hamburger Haushaltsplan
5.2	Verbesserung von Rahmenbedingungen für Investitionen	6.1	Auswirkungen der Hamburger Maßnahmen
5.3	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	6.2	Auswirkungen des Konjunkturpakets II des Bundes
5.3.1	Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt	6.3	Auswirkungen auf die doppelte Vermögens- und Ergebnisrechnung
5.3.2	Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt	6.4	Zu erwartende Steuermindereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010
5.4	Investitionen in die Infrastruktur	7.	Monitoring
5.5	Förderung von Bildung und Wissenschaft	8.	Petitum

#### 1. Anlass und Zweck der Mitteilung

In Anbetracht der weltweiten Konjunktur- und Finanzmarktkrise und deren bisher zu verzeichnenden und künftig zu erwartenden Auswirkungen auf den Standort Hamburg beabsichtigt der Senat, ergänzend zum Konjunkturpaket II des Bundes eine Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 zu starten. Ziel der Hamburger Konjunkturof-

fensive 2009/2010 ist es, die negativen Auswirkungen des weltweiten Abschwungs auf Hamburg zu mildern, Arbeitsplätze zu erhalten und zu einem nachhaltigen Wachstum der Stadt beizutragen. Durch die Möglichkeit, bereits geplante und im Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 bzw. der mittelfristigen Finanzplanung 2008–2012 veranschlagte Maßnahmen zeitlich vorzuziehen bzw. deren Umsetzung zu beschleunigen, werden nachhaltige und

Konjunktur stützende Impulse in den Bereichen Bildung, Qualifizierung und städtische Infrastruktur gesetzt. Um mit dem Beschluss der Bürgerschaft zum Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 Anfang März 2009 handlungsfähig zu sein, und sowohl das Konjunkturprogramm des Bundes als auch die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 dann zeitnah umsetzen zu können, legt der Senat der Bürgerschaft mit dieser Drucksache ein entsprechendes Maßnahmenpaket mit gleichzeitiger Änderung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 vor.

## 2. Ausgangslage

Deutschland befindet sich in der schwersten Rezession seit der Nachkriegszeit. Auslöser ist die amerikanische Immobilien- und weltweite Finanzmarktkrise. Seit Mitte 2008 sinkt das weltweite Wirtschaftswachstum spürbar. Für das Jahr 2009 wird erneut ein weiterer Rückgang prognostiziert. Der Internationale Währungsfonds erwartet weltweit nur noch ein 0,5 %iges Wirtschaftswachstum. Die Bundesregierung erwartet für die deutsche Wirtschaft einen preisbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,25 %.

Die Notenbank der Vereinigten Staaten von Amerika (USA)<sup>1)</sup> (Federal Reserve) ermöglichte durch die Niedrigzinspolitik, mit der sie die Aktienmarktkrise der Jahre 2000 bis 2003 bekämpfte, sehr günstige Hypothekenkredite. Dadurch stimulierte sie gezielt die Nachfrage nach Immobilien und erzeugte eine Überbewertung auf dem Immobilienmarkt. Die Preise stiegen bis zum Jahr 2007 stetig an, so dass der Marktwert den Sachwert der Immobilien in den USA in der Folge deutlich überstieg. Viele Einwohner der USA nahmen daraufhin in Erwartung weiterhin steigender Immobilienpreise Hypothekenkredite auf, um Immobilien zu erwerben und ihren Konsum zu finanzieren. Diese wurden mit Wertpapieren anderer Risikoklassen zu gebündelten Wertpapieren verbrieft und an Banken in aller Welt verkauft.

Zinserhöhungen der Federal Reserve führten jedoch dazu, dass die Nachfrage nachließ, die Preise der amerikanischen Immobilien ab dem Jahr 2007 wieder fielen und ein Großteil der Immobilienbesitzer die aufgenommenen Hypotheken nicht mehr bedienen konnte. Dies schadet der Weltwirtschaft und damit auch der deutschen Wirtschaft auf zwei Arten:

Zum einen müssen Banken Aktiva abschreiben, da die gebündelten Wertpapiere auf Grund ausfallender Sicherheiten im Wert nach unten korrigiert werden müssen. Diese Aktiva bestimmen die Bonität einer Bank und somit ihren Zugang zu Krediten am Kreditmarkt. Banken wiederum benötigen Kredite, um ausreichend liquide Mittel zum Betreiben ihres Kerngeschäfts zu haben. Da nicht bekannt ist, welche Bank in welchem Umfang weitere Aktiva abschreiben muss, ist das Vertrauen am Kreditmarkt beschädigt und die Banken erhalten selbst weniger Kredite. Folglich erhält auch die Realwirtschaft<sup>2)</sup> deutlich weniger Kredite für Investitionen und die Überbrückung finanzieller Engpässe.

Zum anderen gehen die deutschen Exporte als Folge der sich abschwächenden Weltkonjunktur zurück. Beispielsweise importieren die USA weniger Güter, da viele amerikanischen Verbraucher ihren Konsum nicht mehr mit Krediten finanzieren können. Dies belastet Volkswirtschaften auf der ganzen Welt, die in der Folge ebenfalls ihre Importe verringern. Die Exportnation Deutschland ist hiervon besonders betroffen. Die Auftragslage der Unternehmen hat sich im vierten Quartal 2008 spürbar

verschlechtert. Bundesweit stellen zahlreiche Unternehmen auf Kurzarbeit um. Es drohen Insolvenzen und Entlassungen.

Die Auswirkungen der weltweiten Krise sind inzwischen auch in der Freien und Hansestadt Hamburg (im Folgenden: Hamburg) zu spüren. Unternehmen melden Kurzarbeit oder sogar Entlassungen an, Neueinstellungen werden sehr verhalten vorgenommen und die Investitionsbereitschaft ist erstmalig seit drei Jahren rückläufig. Die Anzahl der Arbeitslosen ist zwar im Januar 2009 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,3 % zurückgegangen, allerdings war dieser Rückgang bereits deutlich geringer als der noch 6,1 %ige Rückgang im Dezember 2008. Zudem hat sich die Anzahl der offenen Stellen im Januar 2009 um 17,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat verringert.

Hamburg trifft die Wirtschaftskrise als Logistikstandort insofern, als dass sich der weltweite Exportrückgang in einem Rückgang des Containerverkehrs niederschlägt. Der Containerumschlag ging im Jahr 2008 um 1,5 % zurück, während er im Vorjahr mit einem Wachstum von 11,6 % noch ein Wachstumsmotor war.

## 3. Maßnahmen der Europäischen Union und der Bundesregierung

Im November 2008 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (KOM) das „Europäische Konjunkturprogramm“ verabschiedet.<sup>3)</sup> Das Programm sieht zum einen kurzfristige Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Sicherung von Arbeitsplätzen vor. Zum anderen sind so genannte „intelligente Investitionen“, die ein langfristig höheres Wachstum und nachhaltigen Wohlstand hervorbringen sollen, vorgesehen. Die europäischen Beihilfavorschriften sollen so angewendet werden, dass ein Höchstmaß an Flexibilität für die Bewältigung der Krise sichergestellt wird. Dabei sollen für alle europäischen Unternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen gelten und ungerechtfertigte Wettbewerbsbeschränkungen vermieden werden. Die KOM vertritt die Auffassung, dass die derzeitige globale Krise nicht nur Notmaßnahmen zur Stützung des Finanzsystems, sondern auch außergewöhnliche wettbewerbspolitische Maßnahmen erforderlich macht und bestimmte Arten staatlicher Beihilfen für begrenzte Zeit gerechtfertigt sind. Eine befristete Gewährung von subventionierten Kreditgarantien wird als ein geeignetes Mittel gesehen und die KOM wird derartige Beihilfen auf der Grundlage des EG-Vertrages<sup>4)</sup> als

<sup>1)</sup> Das Federal Reserve System, oft auch Federal Reserve oder Fed genannt, ist das Zentralbank-System der Vereinigten Staaten, das allgemein auch US-Notenbank genannt wird. Es besteht aus dem Board of Governors, zwölf regionalen Federal Reserve Banks und einer Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen.

<sup>2)</sup> Als Realwirtschaft bezeichnet man in der neoklassischen Wirtschaftstheorie den Teil einer Volkswirtschaft, der reale Güter produziert, mit ihnen handelt oder in Form von Dienstleistungen von volkswirtschaftlichem Nutzen ist. Demgegenüber steht die Finanzwirtschaft, die für die Realwirtschaft Geldkapital als Dienstleistung zur Verfügung stellt.

<sup>3)</sup> Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat vom 26. November 2008 (KOM[2008] 800 endgültig)

<sup>4)</sup> Artikel 87 Absatz 3 b EG-Vertrag

mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ansehen, sofern bestimmte Vorgaben beachtet werden. Auch die Hamburger Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 und des Bundesprogramms sind deshalb, soweit erforderlich, auf ihre Vereinbarkeit mit dem europäischen Beihilferecht zu überprüfen. Darüber hinaus hat die KOM Vereinfachungen im Vergabeverfahren ermöglicht (siehe Kapitel 5.2).

Bundesrat und Bundestag haben im Oktober 2008 einen Finanzmarktstabilisierungsfonds mit einem Volumen von 100 Mrd. Euro in Form eines Sondervermögens des Bundes gegründet. Dieser darf u.a. Problemaktiva aufkaufen und sich an der Rekapitalisierung von Finanzinstitutionen beteiligen. Der Bund übernimmt 65 % der Kosten, die Länder 35 % bzw. maximal 7,7 Mrd. Euro.

Zudem hat die Bundesregierung im November 2008 das Konjunkturpaket I und im Januar 2009 das Konjunkturpaket II zur Begrenzung der Konjunkturkrise beschlossen. Das Konjunkturpaket I beinhaltet die folgenden wichtigsten Punkte:

- Schaffung eines bis Ende 2009 zeitlich befristeten zusätzlichen Finanzierungsinstruments der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das KfW-Sonderprogramm 2009, mit einem Volumen von bis zu 15 Mrd. Euro für Kredite und Haftungsübernahmen,
- Aufstockung der Geldmittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm und andere Modernisierungsmaßnahmen um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011,
- Aufstockung der KfW-Infrastrukturprogramme für Kommunen um 3 Mrd. Euro,
- Ausbau des Sonderprogramms „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebau),
- Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von 12 auf 18 Monate für Beschäftigte, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld im Jahr 2009 entsteht.

Das Konjunkturpaket II hat einen Gesamtumfang von 50 Mrd. Euro und setzt den Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) unterstützt der Bund zusätzliche Investitionen der Kommunen und Länder aus dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro. Die Mittel sollen zu 65 % in Bildung, Wissenschaft und Forschung und zu 35 % in die kommunale Infrastruktur fließen. Hamburg erhält hiervon Mittel in Höhe von ca. 230 Mio. Euro, mit der Auflage, ca. 77 Mio. Euro als Eigenanteil hinzuzufügen. Es dürfen nur solche Maßnahmen eingesetzt werden, die noch nicht im Hamburger Haushalt veranschlagt sind. Außerdem ist die Verwendung für Investitionen in die Abwasserinfrastruktur, den Wohnungsbau, den kommunalen Straßenbau mit Ausnahme der Lärmsanierung und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausgeschlossen.

Darüber hinaus wurden mit dem Konjunkturpaket II<sup>5)</sup> die folgenden wichtigsten Maßnahmen beschlossen:

- Senkung der Einkommensteuer,
- Senkung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 Prozentpunkte,
- Einmalzahlung an alle Bezieher von Kindergeld in Höhe von 100 Euro pro Kind und Erhöhung des Kinderregelsatzes für Empfänger von Arbeitslosengeld II,
- Übernahme der Hälfte der Sozialbeiträge für Kurzarbeiter durch den Staat,

- Zahlung einer Umweltprämie für die Verschrottung eines mindestens neun Jahre alten Altwagens bei gleichzeitigem Neu- oder Jahreswagenkauf und

- Verankerung einer Schuldenbegrenzungsregel im Grundgesetz bis Herbst 2009.

Zudem wird durch neue Maßnahmen und eine Erweiterung der Programme der KfW im Rahmen eines „Kredit- und Bürgschaftsprogramms“ die Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft fortgesetzt. Dies beinhaltet folgendes:

- Das mit dem Konjunkturprogramm I aufgelegte KfW-Sonderprogramm 2009 wird in seiner Handhabung noch weiter flexibilisiert,
- ein Kreditprogramm für größere Unternehmen, analog zum KfW-Sonderprogramm 2009,
- die Prüfung neuer Bürgschaftsinstrumente zur Stützung der Unternehmensfremdfinanzierung (Verbesserung der Finanzierungssituation der Kreditversicherer, der Leasing- und der Factoring-Gesellschaften) sowie
- eine bessere Ausnutzung und Ausweitung des inländischen Bürgschaftsinstrumentariums.

Das Kredit- und Bürgschaftsprogramm dient somit der besseren Ausnutzung und Ausweitung des inländischen Bürgschaftsinstrumentariums und ermöglicht eine stärkere Entlastung der Bürgschaftsbanken vom Risiko der übernommenen Bürgschaften für Investition- und Betriebsmittelfinanzierungen und der übernommenen Beteiligungsgarantien (gemeinsam mit den Ländern) durch den Bund. Außerdem beabsichtigt der Bund auch stärker als bisher die Länder vom Risiko bei der Übernahme von Landesbürgschaften zu entlasten, soweit das jeweilige Land auf Grund der Konjunkturkrise ein deutlich höheres Volumen an Landesbürgschaften als in den Vorjahren gewähren muss. Die Einzelheiten des Maßnahmenpaketes werden gemeinsam mit den Ländern noch weiter ausgearbeitet.

Über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm des Konjunkturpaketes I hinaus wird mit diesen Maßnahmen ein Bürgschaftsvolumen in Höhe von 100 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

#### 4. Ziel der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 – Nachhaltiges Wachstum

Wichtigstes Ziel der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 ist die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Metropolregion Hamburg. Schon heute soll mit weitsichtigen Planungen die Basis für das Wachstum von Morgen geschaffen werden, um Hamburg als eine lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, werden vor allem innovative Wirtschaftsfelder gefördert und der Bildungs- Wissenschafts- und Forschungsstandort Hamburg gestärkt. Die Infrastruktur als Lebensader der Stadt wird an wichtigen Stellen modernisiert, um Hamburg wettbewerbsfähig zu halten und für den Aufschwung zu rüsten. Es ist das Ziel des Senats, Hamburg als internationale Metropole mit hoher Dynamik und Innovationskraft sowie kultureller Vielfalt fortzuentwickeln.

<sup>5)</sup> „Pakt für Beschäftigung und Stabilisierung in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ vom 27. Januar 2009.

Hierfür ergreift der Senat eine Vielzahl von Maßnahmen, die den Beschäftigten und ihren Familien eine Perspektive bieten und damit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt mehr Lebensqualität sichern. Die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 liefert damit einen wichtigen Beitrag zur Positionierung Hamburgs als wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsbereitschaft. Hamburg ist eine Metropole mit hoher Dynamik und Innovationskraft. Diese Stärke wird mit der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 gezielt beschleunigt, um den Wachstumsmotor Hamburgs auch in wirtschaftlich schwächeren Zeiten auf Hochtouren zu fahren und überdurchschnittliches nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswachstum sowie ökologische Qualität mit besonderem Fokus auf neue wirtschaftliche Stärken zu fördern.

Mit den Maßnahmen aus beiden Konjunkturpaketen werden – aufbauend auf die Standortvorteile Hamburgs – Impulse ausgelöst, die regional und lokal eine Nachfrage erzeugen und Hamburg im Ergebnis krisenunabhängig machen und Arbeitsplätze sichern.

Damit diese Maßnahmen nachhaltig wirken und in den richtigen, zukunftsfähigen Handlungsfeldern ansetzen, liegt der Schwerpunkt in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, Gesundheit und in der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Ein weiterer Aspekt ist es, den Unternehmen Sicherheit und Unterstützung anzubieten. Der Senat wird Unternehmen den Zugang zu Kapital erleichtern, die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern und Beratungsangebote zur Verfügung stellen. So werden Arbeitnehmer qualifiziert, um sich an verändernde Anforderungen anpassen zu können und so den Hamburger Unternehmen wissensbasierte Wettbewerbsvorteile zu ermöglichen.

Aber auch Verfahrensvereinfachungen bei der Planung von Investitionsmaßnahmen und die Anhebung der Schwellenwerte bei der öffentlichen Auftragsvergabe erleichtern die Durchführung von Maßnahmen. Die Stadt selbst wird dabei einen Beitrag zur Stabilisierung der Auftragslage leisten, indem sie öffentliche Investitionen im Umfang von bis zu 208 Mio. Euro vorziehen wird.

Die Maßnahmen werden nicht alle Auftragsrückgänge auffangen, so dass eine Reihe von Unternehmen gezwungen sein werden, mit ihren Beschäftigten Kurzarbeit zu vereinbaren. Hier setzt die Konjunkturoffensive mit weiteren wichtigen Maßnahmen an. Beschäftigte sollen sich qualifizieren können und so die Zeit der Kurzarbeit sinnvoll nutzen. Gleichzeitig schaffen sie sich eine persönliche, langfristige Berufsperspektive.

##### 5. Die Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010<sup>6)</sup>

Im November 2008 wurde eine behördenübergreifende Lenkungsgruppe eingesetzt, die sich für die Entwicklung der Konjunkturoffensive Hamburg 2009/2010 verantwortlich zeichnet. Beteiligt bei der Zusammenstellung der Maßnahmen waren alle Hamburger Behörden sowie die Handelskammer Hamburg und die Handwerkskammer Hamburg. Die Behörden waren aufgefordert solche Maßnahmen vorzuschlagen, die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits vorgesehen waren und in ihrer Planung so weit fortgeschritten sind, dass sie früher beginnen können als ursprünglich geplant und einen nachhaltigen Nutzen für Hamburg haben. Aufträge werden in großem Umfang

früher vergeben, als ursprünglich geplant. Damit wird allen am Auftrag beteiligten Unternehmen eine langfristige Planungssicherheit gewährleistet. Die Unternehmen können Entlassungen vermeiden und ihrerseits Investitionen in die Zukunft tätigen.

Im Ergebnis wird ein Paket aus Hamburger und vom Bund finanzierten Maßnahmen vorgeschlagen, die zusammen zur Stabilisierung der Hamburger Wirtschaft und zum Erhalt der Arbeitsplätze beitragen. Die Maßnahmen greifen in allen Handlungsfeldern, die Hamburg als internationale Metropole positionieren. Dies sind insbesondere solche Branchen, die zukunftsfähig und innovativ sind. Gleichzeitig werden solche Bereiche gestärkt, die die Funktionsfähigkeit einer Stadt gewährleisten und die internationale Attraktivität von Stadt und Region steigern.

Das Maßnahmenpaket des Hamburger Senats setzt sich zusammen aus monetären und beratenden Hilfen für Unternehmen. Es wird Beschäftigte durch Qualifizierung unterstützen und die Rahmenbedingungen für Investitionen weiter verbessern. Vorgezogene Investitionen in die Infrastruktur haben das Ziel sowohl die Unternehmen zu stützen, als auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.

Im Jahr 2009 können nach aktuellem Planungsstand zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen in Höhe von ca. 108 Mio. Euro und im Jahr 2010 in Höhe von ca. 100 Mio. Euro eingegangen werden. Darüber hinaus werden zahlreiche Maßnahmen der Hamburger öffentlichen Unternehmen umgesetzt.

Zusätzlich zu den vorgezogenen Hamburger Maßnahmen werden neue, bisher nicht veranschlagte Projekte im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung auf Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes finanziert. Diese Maßnahmen werden einen Umfang von voraussichtlich insgesamt ca. 307 Mio. Euro haben. Hamburg wird diese Mittel zügig für Konjunktur fördernde Maßnahmen einsetzen, die gleichzeitig dem Standort Hamburg in wichtigen Bereichen Wettbewerbsvorteile verschaffen. Dies sind insbesondere die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Familie. Bei einem Großteil der Maßnahmen ist die ökologische Qualität – beispielsweise im Bereich der Sanierungen von Bildungs- und Forschungseinrichtungen – ein ausschlaggebendes Kriterium.

Zusammen mit den Mitteln des Konjunkturprogramms II des Bundes werden somit ca. 550 Mio. Euro für Hamburg eingesetzt.

Sowohl die Hamburger Maßnahmen als auch die vom Bund unterstützten Maßnahmen werden dazu beitragen, dass durch Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur die Hamburger Wirtschaft kurz- und mittelfristig aber in jedem Fall nachhaltig gestärkt wird. Dabei werden ökologische und ökonomische Ziele sinnvoll miteinander verbunden. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt soll nachhaltig verbessert werden, wobei der Umfang der Einsparungen von der zuständigen Behörde untersucht und zu einem späteren Zeitpunkt dargestellt wird.

<sup>6)</sup> Ein Überblick zu allen Einzelmaßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive (bestehend aus den Hamburger Maßnahmen und den Maßnahmen im Rahmen des Bundeskonjunkturpaketes II) liefern die Anlagen 1 und 3 zu dieser Drucksache.

### 5.1 Hilfe für Hamburger Unternehmen

In der aktuell schwierigen Konjunkturlage bietet Hamburg den Unternehmen Unterstützung an. Dabei handelt es sich in erster Linie um Beratungsangebote und Unterstützung bei der Kapitalversorgung. Der Fokus liegt hier besonders auf solchen Unternehmen, die das Potenzial haben, aus der Krise gestärkt hervor zu gehen. Sie sollen Hamburgs Dynamik und Innovationskraft langfristig stärken.

Den Hamburger Unternehmen steht schon jetzt ein breites Beratungsangebot zur Verfügung. Das Spektrum reicht von fachlichem Rat der Handwerkskammer Hamburg und der Handelskammer Hamburg über Existenzgründungs- und Finanzierungsberatung bis zu Krisenmanagementprogrammen. Das Wirtschaftszentrum Hamburg und das Beratungsprojekt „Firmenhilfe“ sind zentrale Anlaufstellen für interessierte Unternehmen. Sie verfügen über eine Telefonhotline und vermitteln Ansprechpartner für die jeweiligen Problemlagen. In Abstimmung mit den Kammern, den im Wirtschaftszentrum angesiedelten Institutionen, der „Firmenhilfe“ sowie der Agentur für Arbeit Hamburg wird das Beratungsnetz für Unternehmen gestärkt und weiter bekannt gemacht, damit alle hamburgischen Unternehmen, die auf Grund der aktuellen Konjunkturlage in Schwierigkeiten geraten sind, von den Beratungsangeboten profitieren können. In enger Zusammenarbeit mit den Behörden unternimmt insbesondere die Handwerkskammer Hamburg erste Schritte. Sie optimiert den Beratungsprozess, indem sie die Betriebe speziell in Hinblick auf die Nutzung der Konjunkturmaßnahmen und Fördermöglichkeiten berät.

Neben der Beratung muss auch die Kreditversorgung der Unternehmen sichergestellt werden. Ergänzend zum Finanzmarktstabilisierungskonzept des Bundes hat der Senat mit der Kreditwirtschaft und den Kammern einen „Hamburger Weg“ vereinbart. Die Vertreter der Banken haben zugesichert, bei der Kreditvergabe weiterhin nur im Rahmen des üblichen Rating nach Basel II zu handeln und keine zusätzlichen Auflagen zu erteilen. Außerdem werde man bei der Vergabe von Großkrediten eng zusammenarbeiten. Zudem soll durch die Hamburger Wirtschaftsförderungsinstitutionen in geeigneten Fällen auf das Sonderprogramm 2009 der KfW-Bankengruppe (KfW) hingewiesen werden, damit Hamburger Unternehmen das neue Finanzierungsinstrument umfänglich in Anspruch nehmen können. Es sind Haftungsübernahmen durch die KfW von bis zu 90 % bei Investitionskrediten und von bis zu 50 % bei Betriebsmittelkrediten möglich.

Staatliche Bürgschaften sind ein wichtiges Instrument, um die Kreditversorgung von Unternehmen zu verbessern. Daher wird der Senat den Betrag, in dessen Höhe Hamburg durch Beschluss der Kreditkommission Sicherheitsleistungen zur Förderung der Wirtschaft übernehmen darf, um jeweils 130 Mio. Euro auf 230 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010 erhöhen. Damit wird zum einen der Handlungsrahmen der Kreditkommission, Landesbürgschaften für Unternehmen zu übernehmen, deutlich erweitert. Hamburg kann flexibel reagieren, falls auf Grund stark ansteigender Nachfrage nach Bürgschaften Erhöhungen der bestehenden Rückbürgschaften und der bestehenden Rückgarantie gegenüber der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH (BG) notwendig würden. Ihr steht derzeit ein Bürgschaftsrahmen von 400 Mio. Euro für die Jahre 2008-2012 zur Verfügung, von denen bisher ca. 80

Mio. Euro mit Bürgschaften belegt sind. Weiterhin wird der Senat gemeinsam mit dem Bund anstreben, den Betrag, in dessen Höhe die BG Bürgschaften für Existenzgründungen und bestehende kleine und mittlere Unternehmen übernehmen kann, von 1 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro im Jahr 2009 je Kreditnehmer zu erhöhen.

Zur schnellen Verbesserung der Bonitätslage von Klein- und Kleinstunternehmen<sup>7)</sup> plant die BG Online-Verfahren für Bürgschaften bis zu einer Höhe von 100.000 Euro einzuführen. Geplant ist ein Verfahren, mit dem Bürgschaftsanträge auf digitalem Weg schnell und unkompliziert bearbeitet werden können. Innerhalb von 24 Stunden sollen die beteiligten Banken per E-Mail die Rückmeldung erhalten, ob die BG die Bürgschaft übernimmt. Das senkt die Transaktionskosten der Banken, die für die Bewilligung von kleinen Krediten und der damit verbundenen Beantragung von Bürgschaften ausschlaggebend sind. Gerade in konjunkturschwachen Zeiten kann dieses Instrument zu einer schnellen Verbesserung der Sicherheitenlage für Klein- und Kleinstunternehmen und damit zu einem besseren Kreditzugang beitragen. In Schleswig-Holstein konnte mithilfe eines derartigen Verfahrens das Bürgschaftsvolumen in dieser Kategorie nahezu verdoppelt werden.

Außerdem wird das Programm „BG-intensiv!“ der BG und der BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH (BTG) als „Feuerwehrrfonds“ wirksam werden. Mit diesem speziell ausgerichteten Programm können kleinen Unternehmen in Schwierigkeiten<sup>8)</sup> in geeigneten Fällen Umstrukturierungshilfen in Form von Ausfallbürgschaften, Beteiligungen und Kostenübernahmen bei der Erstellung von Umstrukturierungsplänen gewährt werden. Damit können kleine Unternehmen mit Umsätzen oder einer Bilanzsumme von bis zu 10 Mio. Euro und bis zu 50 Mitarbeitern vor der Insolvenz und dem Verlust von Arbeitsplätzen gerettet werden.

Auf Grund der von der KOM genehmigten „Bundesregelung Kleinbeihilfen“<sup>9)</sup> kann die BTG in den Jahren 2009 und 2010 zudem wieder ohne vorherige Genehmigung der KOM Beteiligungen an Unternehmen in Höhe von bis zu 500.000 Euro übernehmen. Zuvor war sie auf einen Betrag von 200.000 Euro beschränkt. Dies verbessert die Eigenkapitalausstattung von kleinen und mittleren Unternehmen und erleichtert ihnen den Zugang zu Kreditmitteln.

<sup>7)</sup> Im Sinne der europäischen Vorgaben wird ein kleines Unternehmen definiert als ein Unternehmen, das weniger als 50 Mitarbeiter beschäftigt und dessen Umsatz oder Jahresbilanz 10 Mio. Euro nicht überschreitet, ein Kleinstunternehmen als ein Unternehmen, das weniger als 10 Mitarbeiter beschäftigt und dessen Umsatz oder Jahresbilanz 2 Mio. Euro nicht überschreitet.

<sup>8)</sup> Unternehmen, die die Kriterien nach Ziffer 2.1 der Leitlinien der Gemeinschaft für Staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen.

<sup>9)</sup> Auf der Grundlage des neuen befristeten Beihilferahmens der KOM wurde die „Bundesregelung Kleinbeihilfen“ genehmigt, mit der Beihilfen bis zu einer Höhe von 500.000 Euro an Unternehmen gewährt werden, die auf Grund der Krise in Schwierigkeiten geraten sind.

Von besonderer Bedeutung ist aus Sicht des Senats eine Förderung von innovativen Wirtschaftsfeldern und Beschäftigungswachstum. Dazu ist geplant im Jahr 2009 einen „Innovationsfonds Hamburg“ einzurichten, der technologieorientierte, innovative, kleine und mittlere Unternehmen bei ihrer Gründung oder Expansion mit Kapital von bis zu 1 Mio. Euro unterstützt. Dies verbessert die Kapitalstruktur entsprechender Unternehmen und ermöglicht gerade den innovativen Branchen, mögliche Finanzierungsprobleme zu vermindern. Vor Unterzeichnung der Verträge zur Errichtung des Innovationsfonds ist die beihilferechtliche Genehmigung der KOM abzuwarten.

## 5.2 Verbesserung von Rahmenbedingungen für Investitionen

Schnelle Entscheidungen über die rechtliche Durchführbarkeit eines Projektes sind ein wichtiger Standortfaktor im regionalen Wettbewerb. Investitionsprojekten gehen in der Regel Genehmigungs- und Planverfahren voraus, die auf Grund ihrer Komplexität zum Teil sehr zeitaufwändig sind. In vielen Fällen müssen unterschiedlichste Aspekte des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts, des Naturschutz- und Wasserrechts sowie des Immissionsschutzrechts geprüft werden. Um die Verfahrensschritte zu beschleunigen und Investoren schnellstmöglich Rechtssicherheit bieten zu können, sollen Genehmigungsverfahren und Planungsprozesse optimiert werden.

Erste Schritte werden im Bereich der Kampfmittelsondierung unternommen: Aktuell verhindert die notwendige Freigabe von Flächen durch den Kampfmittelräumdienst den Beginn von insgesamt 104 Bauprojekten mit einem Gesamtvolumen von ca. 375 Mio. Euro. Beispielsweise hängt der Beginn diverser Rohr- und Sielleitungsbaumaßnahmen nur noch von der Freigabe durch den Kampfmittelräumdienst ab. Dies ist bedingt durch die verstärkte Flächennachfrage in Hamburg, die dazu führt, dass die Luftbildauswertung erheblich mehr Anfragen zur Kampfmittelbelastung zu bearbeiten hat als vor einigen Jahren. Um das Verfahren zu beschleunigen, wird derzeit mithilfe des Landesbetriebs für Geoinformation und Vermessung und der Bundeswehr eine Software zur Auswertung der entsprechenden Luftbilder erarbeitet. Zudem wird die Luftbildauswertung des Kampfmittelräumdienstes im Rahmen der Konjunkturoffensive Hamburg 2009/2010 mit vier weiteren Mitarbeitern verstärkt.

Nicht nur bei Genehmigungs- und Planungsverfahren werden Verbesserungen angestrebt. Auch öffentliche Investitionen sollen beschleunigt werden. Diese unterliegen dem Vergaberecht und den in diesem Zusammenhang festgelegten Wertgrenzen. Europaweite und nationale öffentliche Ausschreibungen sind ab bestimmten Auftragssummen in festen, an Fristen gebundene Verfahren durchzuführen. So genannte beschränkte Ausschreibungen oder freihändige Vergaben sind dagegen sehr viel unbürokratischer und damit schneller.

Für den Bereich der europaweiten Vergaben besteht nach der Mitteilung der KOM die Möglichkeit von Fristverkürzungen bei bestimmten Vergabearten.

Wie bereits auf Bundesebene beschlossen, werden bis zum 31. Dezember 2010 auch in Hamburg die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben wie folgt angehoben:

	Beschränkte Ausschreibung	Freihändige Vergabe
Bauleistungen	Von 250.000 auf 1 Mio. Euro	Von 30.000 auf 100.000 Euro
Dienst- und Lieferleistungen	Von 50.000 auf 100.000 Euro	Von 5.000 auf 100.000 Euro

Unterhalb der neuen Wertgrenzen kann die Vergabestelle beschränkte Ausschreibungen oder freihändige Vergaben durchführen, wobei für die freihändigen Vergaben im Bereich von Bauleistungen sowie von Lieferungen und Leistungen die Voraussetzungen, die die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen bzw. die Verdingungsordnung für Leistungen für eine freihändige Vergabe aufstellen, gegeben sein müssen. Diese Einschränkung soll der Korruptionsgefahr, die in diesem kaum formalisierten Verfahren liegt, entgegenwirken. Im Ergebnis bedeutet dies, dass auch vor allem kleine und mittlere Unternehmen von den vorgezogenen Investitionen profitieren können. Denn im Einklang mit dem Hamburgischen Vergabegesetz werden kleine und mittlere Unternehmen bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben in angemessenem Umfang zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Die umfangreichere Möglichkeit beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben durchzuführen bedeutet, dass die in Hamburg schon bisher praktizierte Mittelstandsförderung verstärkt wird und Hamburger Unternehmen die Teilnahme am Vergabeverfahren weiter erleichtert wird. Auch bereits beschlossene Projekte, bei denen die Auftragsvergabe noch aussteht, werden auf diesen Aspekt hin überprüft.

## 5.3 Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein zentrales Ziel der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010. Dabei kommt Qualifizierungsmaßnahmen eine besondere Bedeutung zu: Durch sie können Beschäftigte ihre Qualifikationen so anpassen, dass Arbeitslosigkeit entweder auf Grund anderer Aufgaben in dem bisherigen Unternehmen oder durch Beschäftigung in einem anderen Betrieb vermieden werden kann. Sie bekommen die Chance, sich für die Zukunft besser aufzustellen und gleichzeitig sich und ihre Familien – besonders in Krisenzeiten – besser abzusichern. Für die Unternehmen besteht zudem der Vorteil, dass sie mit ihren qualifizierten Mitarbeitern für Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs gut vorbereitet sind. Für bereits von Arbeitslosigkeit betroffene Personen erhöhen Qualifizierungsmaßnahmen die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Hierfür forciert der Senat seine drei strategischen Ansätze zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit:

- Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung,
- Nutzung von Kurzarbeit zur Qualifizierung und
- Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus wird Hamburg ein „Sofortprogramm Ausbildung“ mit einem Mittelvolumen in Höhe von 2 Mio. Euro im Haushalt 2009/2010 finanzieren. Das Programm dient der Integration arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung oder Ausbildung und erhöht ihre Chancen, im Anschluss eine Stelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Die Unternehmen erhalten so die Möglichkeit, noch während der Krise Jugendliche auszubilden, die

später als qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Die Hamburger Verwaltung wird als Arbeitgeber ebenfalls einen eigenen Beitrag zur Verbesserung des Arbeitsmarktes leisten. Mit Senatsbeschluss vom 6. Januar 2009 wurde die bislang geltende Einstellungspraxis für die öffentliche Verwaltung zum 1. Februar 2009 aufgehoben. Dies hat zur Folge, dass freiwerdende oder neu geschaffene Stellen wieder allen qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern offen stehen. Darüber hinaus werden in der Hamburger Verwaltung die Ausbildungsplätze im mittleren und gehobenen Dienst allgemeinen Verwaltungsdienst von 120 auf 160 Plätze angehoben.

Das Vorziehen bereits geplanter Maßnahmen und die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II erfordern eine temporäre personelle Verstärkung in den von der Umsetzung betroffenen Behörden und Bezirksämtern. Techniker und Ingenieure aber auch erfahrene Verwaltungs- und Fachkräfte werden als Projekt- und Prozessverantwortliche einzusetzen sein. Hierzu wird der Senat der Bürgerschaft kurzfristig Vorschläge unterbreiten, welche Maßnahmen getroffen werden können, um eine zügige Umsetzung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 in administrativer Hinsicht zu gewährleisten und zugleich einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Hamburg zu erbringen. Es wird außerdem aufgezeigt werden, unter welchen Rahmenbedingungen die Hamburger Verwaltung durch eine weitere Aufstockung ihrer Ausbildungskapazitäten in allen Laufbahnen einschließlich der technischen Berufe und der Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz – auch unter Nutzung des doppelten Abiturjahrgangs 2010 – einen weiteren Beitrag zur Entlastung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes leisten kann und wie dadurch die Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung bezogen auf die altersbedingten Ausscheidensraten berücksichtigt werden können, zumal durch den Rückgang des Wirtschaftswachstums voraussichtlich besonders qualifizierte Nachwuchskräfte für die Hamburger Verwaltung gewonnen werden können.

### 5.3.1 Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Beschäftigte kleiner und mittlerer Unternehmen sollen bereits während ihrer Tätigkeit im Betrieb qualifiziert werden. Die „Richtlinie zur Förderung der Qualifizierung von Arbeitskräften auf neuen Arbeitsplätzen“ wurde daher erweitert: Bislang umfasste sie ausschließlich Arbeitsplätze, die in Hamburg neu geschaffen werden. Nun sind auch Personen erfasst, die anstelle von Kündigung oder Kurzarbeit weiter im Unternehmen beschäftigt bleiben und für einen gleich- bzw. höherwertigen Arbeitsplatz qualifiziert werden. Mit dem sogenannten „500er-Programm“ können seit dem 15. Januar 2009 Unternehmen, in denen wegen betrieblicher Veränderungen Entlassungen im größeren Umfang drohen, eine Förderung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen beantragen, wenn dadurch diese Entlassungen vermieden werden. Voraussetzung ist, dass keine Kurzarbeit bei der Agentur für Arbeit Hamburg angemeldet wird. Die Qualifizierung von Mitarbeitern für neue Stellen in Unternehmen setzt hier somit vor möglichen Entlassungen oder Umstellungen auf Kurzarbeit an. Auf diese Weise werden Beschäftigte gefördert, die bisher weder durch Maßnahmen der Agentur für Arbeit noch des Senats erreicht wurden. Zudem werden die Unternehmen darin unterstützt, ihre Beschäftigten zu qualifizieren und

damit gute Voraussetzungen für ein Wachstum nach der Konjunkturkrise zu schaffen.

Bei der Qualifizierung ihrer Mitarbeiter können kleine und mittlere Unternehmen durch Projekte, deren Finanzierung zum Teil der Europäische Sozialfonds (ESF) trägt, unterstützt werden. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen besteht ein hoher, individueller und flexibler Qualifizierungsbedarf. Daher sollen derartige Projekte ausgebaut werden.

In einem zusätzlich geplanten Qualifizierungsprogramm werden gezielt Ältere und Geringqualifizierte in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt und in Beschäftigung gehalten. Um die Beschäftigungsfähigkeit dieser beiden Zielgruppen durch Coaching und berufliche Weiterbildung zu sichern, soll das Programm „WeGebAU“ der Bundesagentur für Arbeit um eine Coaching- und Beratungskomponente erweitert werden. Ziel ist, das Potenzial der älteren Beschäftigten für den Betrieb zu definieren und sie dabei zu unterstützen, ihr individuelles Potenzial zu nutzen. Konkret soll die Beschäftigung durch Coaching und Beratung von Personalverantwortlichen in Betrieben gesichert werden. In Kooperation mit der Agentur für Arbeit Hamburg sollen dazu entsprechende Bedarfe ermittelt werden. Für die kleinen und mittleren Unternehmen ergeben sich unmittelbare positive Effekte, weil sie das Wissen und die Erfahrung ihrer älteren Beschäftigten im Unternehmen halten. Die Qualifizierungskosten werden von der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen. Der Senat wird die Kosten des Coaching und der Beratung übernehmen.

Durch Kurzarbeit frei werdende Arbeitszeiten sollen für die Qualifizierung von Arbeitnehmern genutzt werden. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit wird der Senat Konzepte entwickeln, um im Rahmen von ESF-Projekten bei Bedarf Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsagentur für ausgewählte Zielgruppen, Branchen (z. B. Zeitarbeit) oder Inhalte finanziell aufzustocken.

So wird in Zeiten der Krise Wissen generiert und damit eine nachhaltige Wachstumsperspektive geschaffen.

### 5.3.2 Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt

*Maßnahmen für Empfänger von Arbeitslosengeld I (ALG I) nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II):*

Um ein Abgleiten von Arbeitslosen in den Bezug von ALG II zu vermeiden, wird die Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich eine besondere Förderung von qualifizierten ALG I – Empfängern bereits im ersten Arbeitslosensjahr und ein verstärktes Coaching von älteren Arbeitslosen initiieren.

Seitens der Bundesagentur für Arbeit und der Regionaldirektion Nord soll darüber hinaus ein Programm entwickelt werden, durch das weitere Übergänge von Schwervermittelbaren in die Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II – team.arbeit.hamburg<sup>10)</sup> (team.arbeit.hamburg) vermieden werden. In dessen Rahmen sollen Arbeitslose mit einem Leistungsanspruch von weniger als 150 Tagen betreut werden. Es sollen gezielt solche Arbeitslose ange-

<sup>10)</sup> team.arbeit.hamburg ist ein organisatorischer Zusammenschluss zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Bundesagentur für Arbeit zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitslose nach dem SGB II.

sprochen werden, bei denen eine Langzeitarbeitslosigkeit wahrscheinlich ist.

*Maßnahmen für Empfänger von ALG II nach dem SGB II:*

Arbeitslose, deren ALG I-Bezug endet und die in den Rechtskreis des SGB II wechseln, sollen schnellstmöglich wieder in Beschäftigung integriert werden. Die team.arbeit.hamburg ist gefordert, diesen Arbeitslosen zügig berufliche Qualifizierungs- oder Trainingsmaßnahmen anzubieten und insbesondere das seit dem 1. Januar 2009 neu eingerichtete Vermittlungsbudget mit seinen umfangreichen Möglichkeiten für die direkte Vermittlung in Arbeit zu nutzen.

#### 5.4 Investitionen in die Infrastruktur

Das Funktionieren einer Volkswirtschaft hängt maßgeblich von der Qualität ihrer Infrastruktur ab. Eine moderne Infrastruktur ist in der Aufschwungphase ein entscheidender Wettbewerbsvorteil, denn mit einer florierenden Wirtschaft wachsen auch die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit einer Region. Es ist das Ziel des Senats, für Hamburg eine moderne Infrastruktur und ausreichend Flächen auf der Grundlage nachhaltiger Planungen bereitzustellen.

Der Senat investiert besonders in die ökologische Umrüstung bestehender Infrastruktureinrichtungen, um durch mittelfristig geringeren Energieverbrauch dem Klimawandel entgegen zu wirken, langfristige Standortvorteile durch geringere Energiekosten für Private und die öffentliche Hand zu generieren und die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen zu reduzieren.

Im Rahmen des „Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr“ investiert der Senat in den Umschlagbahnhof Hamburg-Billwerder, um den ökologischen und leistungsstarken Verkehrsträger Schiene zu stärken. Zudem steigert er durch die Instandsetzung von Bushaltestellen sowie den barrierefreien Ausbau von Haltestellen die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Darüber hinaus werden die Hamburger Wasserwerke (HWW) bzw. die Hamburger Stadtentwässerung (HSE) ihre geplanten Rohr- und Sielleitungsbaumaßnahmen beginnen, sobald die entsprechenden Flächen durch den Kampfmittelräumdienst freigegeben sind.

Mit dem Konjunkturprogramm wird Hamburg darüber hinaus die Chance nutzen, durch den beschleunigten Ausbau der IT-Infrastruktur die Verwaltung nachhaltig zu modernisieren, z. B. durch Maßnahmen zur Unterstützung operativer Verwaltungsprozesse bei der Abwendung von Kindeswohlgefährdung oder Maßnahmen zur Erhöhung von Datenschutz und Datensicherheit. Die kurzfristig umsetzbaren Vorhaben können mögliche krisenbedingte Einschnitte in diesem Teil des hamburgischen Dienstleistungssektors mildern. Mit einer komplementären Finanzierung aus dem Bundesprogramm kann die Hamburger Verwaltung planungsreife, aber mittelfristig z.Zt. nicht ausfinanzierte IT-Vorhaben beschleunigen. Beispielhafte Schwerpunkte könnten der weitere Ausbau von IT Unterstützung im Schulbereich, der schnellere und umfassendere Aus- und Aufbau von leistungsfähigen, IT-gestützten Schnittstellen für Wirtschaft und Bürger sein (Einführung der „Einheitlichen Behördenrufnummer 115“ im Rahmen des bundesweiten Programms Deutschland Online; konsequente Umsetzung des „Kümmerer-Prinzips“ (= ein Mitarbeiter fasst gegenüber den Unternehmen alle Teilaspekte des Verwaltungsvollzuges zusammen)).

#### 5.5 Förderung von Bildung und Wissenschaft

Der Senat hat sich die Stärkung des Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsstandorts Hamburg zum Ziel gesetzt. Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt und daher wichtiger Bestandteil der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010. Welche Unternehmen sich für einen bestimmten Standort entscheiden, hängt maßgeblich von der Qualität und Vielfalt dieser Sektoren ab. Jede Investition in diese Bereiche ist eine Investition in die Attraktivität, die Zukunftsfähigkeit und damit für die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs. Die Entwicklung großer attraktiver Städte in Zeiten der Wissensgesellschaft wird zukünftig immer mehr davon abhängen, ob ihnen eine Mischung aus Talenten, Technologie und Toleranz gelingt. Hamburg investiert daher im Rahmen der Konjunkturoffensive 2009/2010 einerseits in die Entwicklung seiner vielfältigen Talente und wird andererseits seine internationale Anziehungskraft auf Talente steigern, indem die Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur technologieorientiert modernisiert und ausgebaut wird. Jede Investition in diesem Bereich steigert zusätzlich auch die Attraktivität des Unternehmensstandortes Hamburg, somit werden mittel- und langfristig neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert.

Im Bereich der Hamburger Schulen gibt es einen Sanierungsbedarf in Höhe von ca. 3 Mrd. Euro und einen Zubaubedarf in Höhe von ca. 1,2 Mrd. Euro, dem mit vorgezogenen Baumaßnahmen begegnet wird. Sanierungsmaßnahmen an Schulen stabilisieren insbesondere die Bauwirtschaft, sie können mittelstandsfreundlich vergeben werden und geben den beteiligten Unternehmen ein hohes Maß an Planungssicherheit und Zukunftsperspektive. Die größtenteils energetischen Sanierungen verbessern die Klimabilanz der Stadt und sorgen langfristig für Kostensenkungen beim Betrieb.

Der Senat plant folgende Maßnahmen:

- Gemeinschaftsflächenprogramm für die Schaffung innovativer Betreuungsformen (Schule und Hort) und die Verbesserung der Unterrichtsbedingungen.
- Fachraumprogramm unter besonderer Berücksichtigung des naturwissenschaftlichen Unterrichts.
- Klimaschutz an Schulen mit den Programmen „Keine Schule über 200“ und „Schule als Klimaunternehmer“.
- Ausbau von Schulturnhallen in strukturschwachen Gebieten und an sportbetonten Schulen.
- Aula/Konzertsaal für die Jugendmusikschule.
- Sanierung von Lehrschwimmbecken.

Besonders wichtig für Hamburg sind die Sicherung und der Ausbau des Universitätsstandortes Hamburg. Unabhängig von den grundsätzlichen Überlegungen zur Modernisierung der Universität Hamburg und zu deren Standort wird in verschiedene Maßnahmen investiert. Sie reichen von der Umstrukturierung der ehemaligen Pionierkaserne an der Schwarzenbergstraße in Harburg für die Technische Universität Hamburg-Harburg über Modernisierungen an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Psychiatrie des Universitätsklinikums Eppendorf bis die Einrichtung eines Budgets „Technische Infrastrukturmaßnahmen und Geräte für den Wissenschaftsbereich“. So werden die universitären Einrichtungen der Stadt attraktiver und ziehen Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet oder weltweit an.

Auch im Bereich Forschung und Innovation wird investiert und mit neuen Forschungszentren der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen gestärkt. Beispielsweise schafft das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) durch die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der Luftfahrtindustrie, den Hochschulen und den wissenschaftlichen Einrichtungen der Metropolregion ein Forum für den Informations- und Erfahrungsaustausch. Es fördert den Wissenstransfer und stärkt das internationale Profil der Stadt als Luftfahrtforschungsstandort. Unmittelbare, vor allem aber mittelbare Beschäftigungseffekte durch Erhöhung der Forschungs- und Innovationstätigkeit in der Luftfahrtindustrie sind zu erwarten.

Daneben werden mit dem Laserzentrum Nord (LZN) und dem Fraunhofer Center for Maritime Logistics and Services (CML) Zentren für anwendungsorientierte Forschung im Bereich „Optische Technologien“ und maritime Logistikentwicklung vorzeitig eingerichtet. Sie stärken den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und fördern so den Innovationsstandort Hamburg nachhaltig. Für das neue Kompetenzzentrum im Bereich der Forschung an Freie-Elektronen-Lasern (Center for Free-Electron Laser Science-CFEL) werden im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 im ehemals vom Beschleuniger- und Tomographiezentrum (BTZ) genutzten Gebäude in Bahrenfeld kurzfristig Labor- und Büroflächen hergerichtet, was eine frühzeitige Arbeitsaufnahme von neuen Arbeitsgruppen ermöglicht. Zusätzlich findet eine Kooperationsbörse zwischen Forschungsinstituten und an innovativen technischen Lösungen interessierten Unternehmen statt, mit deren Hilfe sich mögliche Projektpartner für anwendungsorientierte Forschung finden können. Mit diesen Maßnahmen baut Hamburg seine Forschungskompetenz aus und schafft neue Arbeitsplätze im Bereich der Spitzenforschung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der kreativen Potentiale der Stadt.

#### 5.6 Verbesserung der medizinischen Versorgung

Hamburg ist mit einem breiten Angebot attraktiver und qualitativ hochwertiger Medizinleistungen bereits sehr gut aufgestellt. Damit dieser Stand weiter verbessert wird, wird Hamburg die Qualität seiner klinischen Krankenhausversorgung sichern und stetig ausbauen. Zu den Maßnahmen zählen:

- Neubau des Funktionstraktes im Evangelischen Amalie Sieveking-Krankenhaus,
- Neustrukturierung des Evangelischen Krankenhauses Alsterdorf einschließlich Ausbau des Epilepsiezentrum
- Umbau und Erweiterung des Hauses 6 („Kopfkl. in der Asklepios Klinik Nord Heidberg,
- Erweiterungsbau für Notaufnahme und Operationsbereich im Katholischen Kinderkrankenhaus Wilhelmstift
- Neustrukturierung des Bettenhauses C der Asklepios Klinik St. Georg,
- Neustrukturierung der Perioperativen Behandlungseinheit und des Operationsbereichs sowie die Erweiterung des Perinatalzentrums in der Asklepios Klinik Altona.

Neben der Stärkung der Bauwirtschaft, des Planungs- und Ingenieurwesens und der medizintechnischen Ausstattung, werden durch die Maßnahmen mittel- und langfristige Wachstums- und Beschäftigungseffekte für die gesamte Gesundheitswirtschaft erwartet, die derzeit Arbeitsplätze für rund 100.000 Menschen bietet.

#### 5.7 Soziale Infrastruktur

Zur weiteren Verbesserung der sozialen Infrastruktur in Hamburg werden die baulichen Voraussetzungen mehrerer Einrichtungen der Sucht- und Eingliederungshilfe optimiert. So wird im Hamburger Süden ein Neubau zur Schaffung ambulanter Strukturen in der klassischen Eingliederungshilfe errichtet. Die Einrichtung „Soziale Orientierung“ des Trägers Jugend hilft Jugend, als stationäre Vorsorgeeinrichtung für Drogenabhängige, wird verlagert und erweitert. Die Fachklinik des Suchttherapie-zentrums Hamburg der Martha-Stiftung wird um ein Angebot für die stationäre und teilstationäre Entwöhnungsbehandlung von Eltern mit Kleinkindern erweitert. Darüber hinaus werden die Eingliederungshilfeeinrichtungen des Trägers Jugendhilfe e.V. baulich und fachlich neu strukturiert und die stationäre Entwöhnungsbehandlung für Drogenabhängige dieses Trägers wird verlagert oder neu gebaut. Darüber hinaus wird die Jugendherberge Horner Rennbahn modernisiert und teilweise neu gebaut.

#### 5.8 Lebensader Hamburger Hafen

Die geplanten Investitionen in den Hamburger Hafen in Höhe von insgesamt 2,9 Mrd. Euro werden bedarfsgerecht eingesetzt, damit die Anforderungen an die Hafeninfrastuktur auf Grund der prognostizierten Umschlagszahlen erfüllt werden können. Der Hamburg Port Authority (HPA) werden in den nächsten vier Jahren jeweils mit ca. 250 Mio. Euro doppelt so viele Mittel für Hafeninvestitionen zur Verfügung gestellt als in den vergangenen Jahren.

Im Zuge der Sanierung der Hafenbahn sind im Jahr 2009 Investitionen für die Instandsetzung von Hafenbahnbrücken, die Erweiterung des südlichen Teils des Bahnhof Hohe Schaar, eine Überleitverbindung nach Wilhelmsburg und eine Gleisanbindung für das Containerterminal Altenwerder vorgesehen.

Darüber hinaus wird ein IT-gestütztes Verkehrsmanagement im Hafen implementiert. Für das IT-gestützte Verkehrsmanagement wird im Gebiet des Containerterminals Altenwerder ein Pilotprojekt aufgesetzt, das später auf weitere Hafengebiete ausgedehnt werden kann. Parallel wird ein Störfallmanagement für die Köhlbrandbrücke konzipiert und umgesetzt. Ziel ist eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf den Hafenstraßen. In der nautischen Zentrale wird ein interaktives IT-gestütztes Gesamtmodell des Hamburger Hafens entwickelt und implementiert, um Sicherheit und Verkehrsfluss im Schiffsverkehr zu verbessern.

Darüber hinaus wird die Beschaffung von Maschinen und Anlagen für die mechanische Werkstatt und die Hamburgische Schiffsbauversuchsanstalt (HSVA) finanziert. Hierdurch wird nicht nur die Maschinenbau-Branche unterstützt, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der HSVA, der Schiffbauzuliefererindustrie und der hamburgischen Werften gestärkt.

#### 5.9 Mehr Sicherheit

Im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 wird in die Ausstattung der Sicherheitsorgane und Sicherheitseinrichtungen investiert. Entscheidend für die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist die Arbeit der Polizei. Um die Arbeit und die Kommunikation innerhalb der Polizei zu optimieren, werden Maßnahmen zur Modernisierung und Ertüchtigung der Polizeiein-

satzzentrale vorgezogen. Insbesondere wird die Notruf- und Funkabfrageanlage weiter digitalisiert.

Auch Maßnahmen im Bereich Justiz tragen zur Verbesserung der Sicherheit der Stadt bei. Dazu gehören dringend notwendige vorgezogene Bau- und Sanierungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten Fuhlsbüttel und Hahnöfersand und der Untersuchungsanstalt. Daneben wird mit der Erneuerung der technischen Ausstattung und der Installation eines Sicherheitsmanagementsystems eine Optimierung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten Fuhlsbüttel und Hahnöfersand vorgenommen.

Von den im Sicherheitsbereich vorgezogenen Bau-, IT- und Sanierungsmaßnahmen profitieren besonders kleine und mittlere Unternehmen, da es sich in der Regel um kleine Aufträge handelt. Außerdem beleben die Investitionen in die Sicherheit nicht nur das Baugewerbe, sondern erzeugen auch verstärkte Nachfrage im Bereich spezialisierter Sicherheitstechnik und IT.

#### 5.10 Stadtentwicklung und Umwelt

Investitionen in die Stadtgestaltung und Umwelt verbessern nachhaltig die Attraktivität Hamburgs und die Lebensqualität für alle Bewohner. So soll gezielt in den Lärmschutz investiert werden, u.a. in Schallschutzfenster an stark befahrenen Straßen. Die geplante Entwicklung von Grünflächen und Uferwegen sind Maßnahmen, die die landschaftlichen Reize der Stadt erhalten und ausbauen. Außerdem werden innerstädtische Plätze wie der Hansaplatz im Bezirk Mitte und der Kanalplatz im Bezirk Harburg neu gestaltet und Kinderspielplätze saniert oder neu eingerichtet. Gleichzeitig bedeutet die Aufwertung des Stadtbildes eine Aufwertung für den Tourismusstandort Hamburg.

Dem Klimaschutz dienen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die im Rahmen des Bundesprogramms im Umfang von 21 Mio. Euro vorgesehen sind. Unter anderen soll hier die Ausrüstung von Lichtsignalanlagen („Ampeln“) mit moderner sparsamer LED-Technik beschleunigt werden. Von hoher Bedeutung für die Klimabilanz aber auch für die Mieter ist der Beginn umfassender energetischer Sanierung von Großwohnsiedlungen. Im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 soll das hier am Beispiel von Mümmelmannsberg geschehen.

Neben den öffentlichen Plätzen und Grünflächen profitieren auch die hamburgischen Gewässer von den vorgezogenen Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010, die die Gewässerstruktur aufwerten und einen wichtigen Beitrag zum Hochwasserschutz leisten. Außerdem wird die europäische Wasserrahmenrichtlinie weiter umgesetzt, die eine Verbesserung des Gewässerzustands und des Gewässerschutzes erreichen möchte.

Durch die Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen bei Rahmenezuweisungen an die Bezirke (Straßen, Grünbereich) werden diese in die Lage versetzt, in größerem Umfang Maßnahmen vorzuziehen. Zugleich wird so die Mitwirkung der Bezirksversammlungen bei der Auswahl der Maßnahmen sichergestellt.

Die Förderung des Mietwohnungsbaus wird 2009 und 2010 um 350 Wohnungen auf 1.000 Wohnungen jährlich angehoben. Damit wird das Angebot preiswerten Wohnraums verstärkt, der Umlandwanderung insbesondere von Familien entgegengewirkt und durch die Errichtung

energetisch optimaler Gebäude ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Weitere wichtige Einzelmaßnahmen sind: Die Umgestaltung der Elbinsel Kaltehofe unter Erhalt des kulturhistorisch wertvollen Industrieensembles zu einem Ort der Umweltbildung mit hoher Freiraumqualität. Mit der Schaffung des Bestattungsforums auf dem Friedhof Ohlsdorf wird das von Fritz Schumacher geschaffene, dringend sanierungsbedürftige Krematorium, funktional ertüchtigt und als Denkmal gesichert.

#### 6. Auswirkungen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 auf den Haushalt und die doppische Vermögens- und Ergebnisrechnung

Der Senat setzt mit der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 ökonomisch notwendige Anreize zur Stützung der Hamburger Wirtschaft, ohne den Weg einer nachhaltigen Finanzpolitik zu verlassen. Entsprechend wurde die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 unter der Maßgabe geplant, ein konjunkturell wirksames Programm zu gestalten, das gleichzeitig dem Maßstab der Generationengerechtigkeit standhält. Der Senat trägt der finanzpolitischen Verantwortung insbesondere Rechnung, indem die Stadt einerseits über das haushaltsneutrale Instrument der Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen gegenüber Hamburger Unternehmen als verlässlicher Nachfrager positioniert und diesen Planungssicherheit verschafft wird. Andererseits ist beabsichtigt, die absehbar notwendige Kreditaufnahme mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu koppeln.

##### 6.1 Auswirkungen der Hamburger Maßnahmen

Die Umsetzung der Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 erfolgt weitgehend haushaltsneutral durch Umschichtungen innerhalb der Einzelpläne und die Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen. Konkrete Mehrausgaben in den Jahren 2009 ff. entstehen ausschließlich für die zusätzlichen vier Mitarbeiter beim Kampfmittelräumdienst in Höhe von 477 Tsd. Euro im Jahr 2009 und in Höhe von 313 Tsd. Euro in den Jahren 2010 ff.

Für die übrigen Maßnahmen erfolgt eine Flexibilisierung und Beschleunigung der Umsetzung durch die Veranschlagung neuer bzw. höherer Verpflichtungsermächtigungen in einem Umfang von insgesamt ca. 208 Mio. Euro für die Jahre 2009 und 2010. Parallel hierzu wird die im Haushaltsbeschluss festgelegte Vorgriffsermächtigung für die Jahre 2009 und 2010 auf jeweils 300 Mio. Euro erhöht. Durch dieses Vorgehen werden die Behörden in die Lage versetzt, die Planung und Umsetzung der in der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 berücksichtigten Maßnahmen z. B. durch eine vorgezogene Auftragsvergabe zu forcieren und so bereits in den Jahren 2009 und 2010 konjunkturwirksame Akzente zu setzen.

Die titelgenaue Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 auf Grund der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 ist in der Anlage 2 dargestellt. Ergänzend wird die Anpassung des Haushaltsbeschlusses zum Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 in Artikel 5 und 9 auf Grund der Erhöhung der Ermächtigung zur Übernahme von Sicherheitsleistungen zur Förderung der Wirtschaft auf jeweils 230 Mio. Euro und zur Erhöhung der Vorgriffsermächtigung auf jeweils 300 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010 notwendig (vgl. Anlage 5).

## 6.2 Auswirkungen des Konjunkturpakets II des Bundes

Da die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturpaket II des Bundes) noch nicht in allen Einzelheiten abschließend planbar ist, erfolgt die Veranschlagung dieser Maßnahmen (vgl. Anlage 3) zentral im Einzelplan 9.2 „Allgemeine Finanzverwaltung“ (vgl. Anlage 4). Hierzu wird ein übertragbarer Ausgabentitel 9890.791.05 „Ausgaben für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes“ und ein entsprechender Einnahmetitel 9890.334.01 „Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes“ eingerichtet. Die Übertragung der Mittel an die einzelnen Fachbehörden erfolgt dann unterjährig nach Bedarfslage.

Die Deckung der Mehrbedarfe im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 in Höhe von 477 Tsd. Euro im Jahr 2009 und in Höhe von 313 Tsd. Euro im Jahr 2010 sowie im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Höhe von ca. 77 Mio. Euro im Jahr 2009 erfolgt zunächst aus der Allgemeinen Rücklage (9990.359.01).

## 6.3 Auswirkungen auf die doppelte Vermögens- und Ergebnisrechnung

Die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 und das Konjunkturpaket II des Bundes wirken auf die doppelte Jahresabschlüsse 2009 ff. weitgehend bilanz- und eigenkapitalneutral:

- a) Die geplanten investiven Maßnahmen in das Sachanlagevermögen der Stadt, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten führen, werden überwiegend als Aktivtausch realisiert. Der hamburgische Eigenanteil, der kameral aus der Allgemeinen Rücklage finanziert wird, ist kaufmännisch unter dem Posten Bank- und Kassenbestände bilanziert. Werden für Investitionen in der Kernverwaltung Mittel des Bundes eingesetzt, ist korrespondierend ein Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen.
- b) Sanierungs-, Instandsetzungs- oder Erhaltungsmaßnahmen sowie die vorgesehenen Personalausgaben stellen laufende Aufwendungen dar, die direkt auf das Jahresergebnis wirken.
- c) Investitionszuschüsse Hamburgs, die im Rahmen der Komplementärfinanzierung der Bundesmaßnahmen an Dritte geleistet werden und dort zur Anschaffung oder Herstellung von Sachanlagevermögen führen, werden unter den Immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen und ebenfalls als Aktivtausch bilanziert.
- d) Vereinnahmt Hamburg Finanzierungsmittel des Bundes und leitet diese lediglich (ohne Eigenfinanzierungsanteile) an Dritte weiter, ergeben sich keine Auswirkungen auf Bilanz und Ergebnisrechnung.
- e) Die Übernahme von Landesbürgerschaften u.a. zur Sicherung der Kreditversorgung von Unternehmen hat grundsätzlich keine Auswirkung auf die Bilanz und Ergebnisrechnung; erst bei einer drohenden Inanspruchnahme erfolgt eine aufwandswirksame Zuführung zu den Rückstellungen der Stadt.

## 6.4 Zu erwartende Steuermindereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010

Die weltweite Konjunktur- und Finanzmarktkrise wird Hamburg in diesem und in den nächsten Jahren vor erhebliche finanzpolitische Herausforderungen, insbesondere in Form von Steuermindereinnahmen stellen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen einer Ergänzungsvorlage zum Bundeshaushalt 2009 Ende Januar eine Aktualisierung der Schätzung der Steuereinnahmen für 2009 vorgenommen. Danach ergeben sich auf Grund der deutlich verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte und der steuerrechtlichen Auswirkungen des Konjunkturpakets I im Vergleich zur November-Steuerschätzung für Bund, Länder und Gemeinden in 2009 insgesamt Mindereinnahmen in Höhe von ca. 24,5 Mrd. Euro. In dieser Aktualisierung wurden die finanziellen Auswirkungen der im Konjunkturpaket II enthaltenen Steuerrechtsänderungen noch nicht berücksichtigt.

Grob geschätzt würden sich aus der Steuereinnahmenaktualisierung des Bundes für Hamburg Steuermindereinnahmen im Vergleich zur November-Steuerschätzung 2008 und zu den im Haushaltsplan Entwurf 2009 veranschlagten Hamburg verbleibenden Steuern (ca. 8,27 Mrd. Euro) von ca. 400 Mio. Euro ergeben. Zuzüglich der geschätzten Steuermindereinnahmen auf Grund des Konjunkturpakets II in Höhe von ca. 90 Mio. Euro ist für Hamburg im Jahr 2009 nach derzeitiger Einschätzung mit insgesamt ca. 500 Mio. Euro Steuermindereinnahmen im Vergleich zur Haushaltsplanung zu rechnen.

Da es sich bei der Bundesaktualisierung und der entsprechenden Ableitung der Hamburger Steuermindereinnahmen nur um eine sehr grobe Schätzung handelt, wird der Senat nach der mittelfristig ausgerichteten Mai-Steuerschätzung 2009 die Bürgerschaft mit einer gesonderten Vorlage über deren Ergebnisse und über notwendige Anpassungen zum Haushaltsplan 2009/2010 unterrichten. Angesichts der zu erwartenden Steuermindereinnahmen in 2009 und 2010 zeichnet sich ab, dass diese Einnahmeausfälle nicht mehr mit Hamburger Eigenmitteln zu finanzieren sind, sondern kreditär gedeckt werden müssen. In Anknüpfung an den Beschluss des Senats zur Finanzplanung 2007, keine Nettoneuverschuldung mehr zu tätigen, und des neu gestalteten § 18 LHO<sup>11)</sup>, beabsichtigt der Senat, die dann notwendige Kreditaufnahme an eine verbindliche Tilgungsplanung zu koppeln.

## 7. Monitoring

Der Senat wird die Umsetzung der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 mit einem Monitoring begleiten. Die Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 und die Umsetzung des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung erfordern eine längerfristige Begleitung, damit gewährleistet ist, dass die richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit erfolgen. Die Länder sind verpflichtet, dem Bundesministerium für Finanzen bis Ende Mai 2009 Berichte über die mit den Mitteln des Bundes finanzierten Maßnahmen vorzulegen. Diese müssen Informationen zu den geplanten Investitionen, zu Zielen und Prioritäten, zu den Investitionsanteilen der Kommunen, zum Umfang der öffentlichen Finanzierung und der dafür eingeplanten Bundesförderung enthalten. Darüber hinaus sind die Länder verpflichtet vierteljährliche Berichte vorzulegen, bestehend aus Förderlisten, einer Beschreibung der Projekte und deren haushalterische Abwicklung. Nach Been-

<sup>11)</sup> Der auf Initiative der Bürgerschaft neu gestaltete § 18 LHO, der ab 2013 wirksam wird, sieht eine Kreditaufnahme zur Finanzierung von Neu- und Ersatzinvestitionen nicht mehr vor. Ausnahmen vom Verschuldungsverbot sind u.a. dann zugelassen, wenn z.B. konjunkturelle Ungleichgewichte dies nötig machen. Dabei wurden strenge Tilgungsanforderungen festgelegt.

digung der Maßnahmen sind entsprechende Verwendungsnachweise. Diese Aufgaben werden von der Finanzbehörde wahrgenommen werden.

8. **Petition**

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft möge

1. von den Ausführungen in dieser Drucksache Kenntnis nehmen,

2. den vorgeschlagenen Maßnahmen (Anlagen 1 und 3) zustimmen,

3. die finanziellen Auswirkungen (Anlagen 2 und 4) als Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nach § 32 der Landeshaushaltsordnung beschließen,

4. den in Anlage 5 dargestellten Änderungen des Entwurfs des Haushaltsbeschlusses 2009/2010 zustimmen.

## Übersicht der Hamburger Maßnahmen

Nr.	Behörde/ Bezirk	Maßnahmen- beschreibung	Maßnahmenart	Politikbereiche	Terminierung (frühester Umset- zungsbeginn)	Anmerkung zu Änderungen im Haushaltsplan- Entwurf 2009/2010
1	Bfl	Modernisierung und Ertüchtigung der Polizeieinsatzzentrale.	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Vorbereitung der Ausschreibung - ab sofort	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 08.1.8500.812.02 und 08.1.8500.812.61
2	Bfl	Aufstockung Kampfmittelräumdienst	Verbesserung von Rahmenbedingungen für Investitionen	Inneres und Justiz	ab sofort	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 08.1.8550.428.75, 08.1.8550.438.75, 08.1.8550.438.93, 08.1.8550.518.75 und 08.1.8550.812.10
3	BSB	Durchführung notwendiger Schulbaumaßnahmen	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Schule	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 03.1.3010.701.20
4	BSG	Neubau eines Funktionstraktes im Evangelischen Amalie Sieveking-Krankenhaus	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Ende 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
5	BSG	Neustrukturierung des Evangelischen Krankenhauses Alsterdorf einschließlich Ausbau Epilepsiezentrum	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Anfang 2010	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
6	BSG	Umbau und Erweiterung des Hauses 6 für die Einrichtung einer Kopfklinik in der Asklepios Klinik Nord Heidberg	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Ende 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
7	BSG	Neustrukturierung des Bettenhauses C der Asklepios Klinik St. Georg	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Ende 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
8	BSG	Erweiterungsbau für Notaufnahme und Operationsbereiche im Katholischen Kinderkrankenhaus Wilhelmstift	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Anfang 2010	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
9	BSG	Erweiterung des Perinatalzentrums der Asklepios Klinik Altona	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Ende 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
10	BSG	Neuorganisation der Perioperativen Behandlungseinheit und des Operationsbereichs der Asklepios Klinik Altona	Verbesserung der medizinischen Versorgung	Gesundheit	Ende 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 04.0.4930.893.79
11	BSU	Beschleunigung der Sicherheitsnachrüstung städtischer Tunnel (z.B. Wallringtunnel)	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.741.19
12	BSU	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.741.81
13	BSU	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisung an die Bezirke	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.521.81
14	BSU	Instandsetzungsarbeiten an Straßen und Sielen auf den Friedhöfen Ohlsdorf und Öjendorf	Investitionen in die Infrastruktur	Sonstige Infrastruktur		keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
15	BSU	Ersatzbeschaffung von 7 Nivellierinstrumenten - unternehmensinterne Umsetzung	Investitionen in die Infrastruktur	Sonstige Infrastruktur	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.

## Übersicht der Hamburger Maßnahmen

Nr.	Behörde/ Bezirk	Maßnahmen- beschreibung	Maßnahmenart	Politikbereiche	Terminierung (frühester Umset- zungsbeginn)	Anmerkung zu Änderungen im Haushaltsplan- Entwurf 2009/2010
16	BSU	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen im wasserrechtlichen Zuständigkeitsbereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün		Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6700.741.01
17	BSU	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Bezirke, Zweckzuweisung an die Bezirke	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün		Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6700.741.86
18	BSU	Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG-WRRL				Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6700.745.01
19	BSU	Rohr- und Sielleitungsmaßnahmen durch HWW und HSE - unternehmensinterne Umsetzung	Investitionen in die Infrastruktur	Sonstige Infrastruktur	Abhängig von Kampfmittel- räumdienst. Erste Maßnahmen könnten sofort im Anschluß an Räumung umgesetzt werden.	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
20	BSU	Grundinstandsetzung der Videoanlage des P+R-Parkhauses Neugraben	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
21	BSU	1. Bauabschnitt der Videoanlage des P+R-Parkhauses Langenhorn Markt	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
22	BSU	Grundinstandsetzung der Auf- und Abfahrtsrampen und der Fassade des P+R-Parkhauses Elbgaustraße	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
23	BSU	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün		Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6610.741.01
24	BSU	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Entwicklung d. Straßenbaumbestandes sowie für bezirkliche Friedhöfe, Rahmenezuweisung an die Bezirke	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün		Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6610.741.81
25	BSU	Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen für die Abgabe Altenwerder - Umsetzung durch Sondervermögen	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün	2010	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
26	BSU	Entwicklung des Naturraums im Stellmoorer Tunneltal - Umsetzung durch	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün	2010	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
27	BSU	Wiederherstellung der Orchideenwiese im Billetal/Ellerholz u.a. - Umsetzung durch Sondervermögen	Stadtentwicklung und Umwelt	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün	4. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
28	BSU	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße	Investitionen in die Infrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	2. Quartal 2009	Änderung des Haushaltsplan- Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.741.04 und 06.0.6300.742.01
29	BSU	Temporäre Erhöhung der Förde- rung des Mietwohnungsneubaus in 2009/2010	Investitionen in die Infrastruktur	Städtische Gebäu- deinfrastruktur	3. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
30	BSU	Konsortialdarlehen für Infrastrukturmaßnahmen	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Sonstige Infrastruktur	2. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
31	BSU	Bereitstellung von Globaldarlehen an Banken für Umweltschutzprogramme	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Umwelt, Hochwasser- schutz, Grün	2. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.

## Übersicht der Hamburger Maßnahmen

Nr.	Behörde/ Bezirk	Maßnahmen- beschreibung	Maßnahmenart	Politikbereiche	Terminierung (frühester Umset- zungsbeginn)	Anmerkung zu Änderungen im Haushaltsplan- Entwurf 2009/2010
32	BSU	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen				Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.891.04 und 06.0.6300.742.01
33	BSU	Aufstockung des jährlichen Sanierungsvolumens von Anlagen in Sammlern - unternehmensinterne Umsetzung	Investitionen in die Infrastruktur	Sonstige Infrastruktur	1. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
34	BWA	Errichtung eines unbefristeten, revolvierenden Risikokapitalfonds mit der Bezeichnung Innovationsfonds Hamburg	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Sicherung Unternehmensfinanzierung	3. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
35	BWA	Gründung des Zentrums für Angewandte Luftfahrtforschung (ZAL) mit räumlich integriertem Fuel Cell Lab (FCL).	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	bereits in Umsetzung	Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erfolgt mit Drs.19/1846
36	BWA	Umsetzung des Projektes „ConChecker“ zur Beschleunigung der Leercontainerkontrollen an den Landübergängen der Freizonengrenze im Hamburger Hafen	Verbesserung von Rahmenbedingungen für Investitionen	Verkehrsinfrastruktur	2. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
37	BWA	Aufbau eines zentralen LKW-Leitsystems (Truck Guide Hamburg) für die Metropolregion Hamburg mit Fokus auf den Nahverkehr für den Hamburger Hafen	Lebensader Hamburger Hafen	Verkehrsinfrastruktur	ab 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
38	BWA	Erweiterung der Richtlinie zur Qualifizierung von Arbeitskräften auf neuen Arbeitsplätzen	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	Arbeitsmarktpolitik	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
39	BWA	Sicherung von Arbeitsplätzen durch Weiterbildung	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	Arbeitsmarktpolitik	3. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
40	BWA	Präventive Arbeitsmarktpolitik zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	Arbeitsmarktpolitik	1. Quartal 2010	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
41	BWA	Gründung eines "Fraunhofer Center for Maritime Logistics and Services" (CML)	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	2. Quartal 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 07.0.7300.892.22
42	BWA	Umstellung FuE-Programme der BWA auf verlorene Zuschüsse	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	1. Quartal 2009	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
43	BWA	Erhöhung der maximalen Bürgschaftsverpflichtung zugunsten eines Kreditnehmers bei Bürgschaften der BG (Bürgschaften an "gesunde" Unternehmen)	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Sicherung Unternehmensfinanzierung	ab sofort	Änderung des Haushaltsbeschlusses, vgl. Anlage 5
44	BWA	Etablierung eines Projektmanagers für das Quartier "Industriegebiet Billbrook"	Verbesserung von Rahmenbedingungen für Investitionen	Sonstige Infrastruktur	ab sofort	keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
45	BWF	Modernisierung der Inneneinrichtung der Studierendenwohnanlage Paul-Sudeck-Haus I	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	2-3 Monate nach Freigabe der Maßnahme	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 03.2.3690.893.16
46	BWF	Herrichtung von Labor- und Büroflächen als Vorabmaßnahme für das CFEL im ehemals vom Beschleuniger- und Tomographiezentrum (BTZ) genutzten Gebäude in Bahrenfeld	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	ab sofort	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 03.2.3660.701.01 und 03.2.3660.812.04
47	BWF	Erweiterung des Speichermagazins der Staats- und Universitätsbibliothek (SUB) um eine zweite Baustufe	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Universitäten und außeruniversitäre Forschung	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 03.2.3470.701.01 und 03.2.3660.812.04

## Übersicht der Hamburger Maßnahmen

Nr.	Behörde/ Bezirk	Maßnahmen- beschreibung	Maßnahmenart	Politikbereiche	Terminierung (frühester Umset- zungsbeginn)	Anmerkung zu Änderungen im Haushaltsplan- Entwurf 2009/2010
48	JB	Abriss der alten Bäckerei und der Druckerei bei der Justizvollzugsanstalt (JVA) Fuhsbüttel	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
49	JB	Sanierung der Mauer und Erneuerung des Turmes Hof 8 bei der Untersuchungshaftanstalt	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	1. Quartal 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
50	JB	Sanierung des B-Flügels bei der JVA Fuhsbüttel, Haus 2	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	1. Quartal 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
51	JB	Sanierung des D-Flügels bei der Untersuchungshaftanstalt	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
52	JB	Optimierung der Sicherheitstechnik bei der JVA Fuhsbüttel	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
53	JB	Neubau einer Kfz-Schleuse und Sanierung der Gesimse des Zentralkrankenhauses bei der Untersuchungshaftanstalt	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
54	JB	JVA Hahnöfersand, Erneuerung der Heizungsanlagen des Hauses 3 und der Lernwerkstatt	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
55	JB	Sanierung der Fassade des Küchengebäudes bei der JVA Fuhsbüttel	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
56	JB	Umsetzung des Sicherheitskonzeptes bei der JVA Hahnöfersand	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz	Sommer 2009	Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 02.0.2300.710.01
57	BWA	Sofortprogramm Ausbildung	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	Arbeitsmarktpolitik		keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes
58	PA	Erhöhung der Ausbildungskapazitäten der Hamburger Verwaltung	Qualifizierung und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen	Arbeitsmarktpolitik		keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes
59	FB	Ausbau der IT-Ausstattung von Schulen	Förderung von Bildung und Wissenschaft	Schule		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 09.2.9800.812.56
60	FB	Ausbau IT-Infrastruktur zur Abwendung von Kindeswohlgefährdung	Mehr Sicherheit	Kita / Jugendhilfe		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 09.2.9800.812.56
61	FB	Ausbau der IT-Infrastruktur zur Erhöhung von Datenschutz und Datensicherheit	Mehr Sicherheit	Inneres und Justiz		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 09.2.9800.812.56
62	BSU	Ersatz und Grundinstandsetzung von Lichtsignalanlagen	Investitionen in die Infrastruktur	Sonstige Infrastruktur		Änderung des Haushaltsplan-Entwurfes, vgl. Zahlenprotokoll - Anlage 2, Titel/Finanzposition 06.0.6300.741.11
63	Bezirk Wandsbek/ BSG	Neubau des Spielhauses Wandsbek	Stadtentwicklung und Umwelt	Kita / Jugendhilfe		keine Anpassung des Haushaltsplan-Entwurfes erforderlich.
64	BWA	Erhöhung der Ermächtigung zur Übernahme von Sicherheitsleistungen zur Förderung der Wirtschaft	Hilfe für Hamburger Unternehmen	Sicherung Unternehmensfinanzierung	ab Haushaltsbeschluss März 2009	Änderung des Haushaltsbeschlusses, vgl. Anlage 5

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Haushaltsplanentwurf 2009/2010 - Erforderliche Ansatzänderung für Maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010

Nr. der Maßnahmenliste	Zweckbestimmung	Titel / Finanzposition	Finanzstelle (Top Fiste)	2009						2010						Bemerkungen	
				Beträge in Tsd. Euro						Beträge in Tsd. EUR							
				4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		16
<b>Einnahmen</b>																	
<b>Einzelplan 9.2 - Allgemeine Finanzverwaltung</b>																	
	Entnahme aus allgemeiner Rücklage		09.2.9990.359.01	678.256	677.779	477					82.561	82.248	313				
<b>Gesamteinnahmen</b>				<b>678.256</b>	<b>677.779</b>	<b>477</b>					<b>82.561</b>	<b>82.248</b>	<b>313</b>				
<b>Ausgaben</b>																	
<b>Einzelplan 2 - Justizbehörde</b>																	
	48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56	Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten		4.976	4.976	0	20.024	20.024	0		5.705	5.705	0	6.000	0	6.000	
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>4.976</b>	<b>4.976</b>	<b>0</b>	<b>20.024 VE</b>	<b>20.024 VE</b>	<b>0 VE</b>		<b>5.705</b>	<b>5.705</b>	<b>0</b>	<b>6.000 VE</b>	<b>0 VE</b>	<b>6.000 VE</b>	
<b>Einzelplan 3.1 - Behörde für Schule und Berufsbildung</b>																	
	3	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und sonstigen Bildungseinrichtungen		10.073	10.073	0	46.400	20.000	26.400		13.960	13.960	0	46.400	20.000	26.400	Die Maßnahmen erstrecken sich über mehrere Investitionstitel, eine konkrete Zuordnung ist zurzeit noch nicht möglich. Die Aufstockung der VE wurde daher bei dem Titel mit der globalsten Zweckbestimmung und der Möglichkeit, die Mittel ggf. im bestehenden Deckungsring zu verteilen, vorgesehen. (Die Prüfung der Ansätze konnte nicht fristgerecht abgeschlossen werden. Etwaige Änderungsbedarfe werden nachgereicht)
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>10.073</b>	<b>10.073</b>	<b>0</b>	<b>46.400 VE</b>	<b>20.000 VE</b>	<b>26.400 VE</b>		<b>13.960</b>	<b>13.960</b>	<b>0</b>	<b>46.400 VE</b>	<b>20.000 VE</b>	<b>26.400 VE</b>	

noch Anlage 2

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 -  
Nachhaltiges Wachstum

Nr. der Maßnahmen- liste	Zweckbestimmung	Titel / Finanzposition	Finanzstelle (Top Fistel)	2009						2010						Bemerkungen	
				Beträge in Tsd. Euro						Beträge in Tsd. EUR							
				4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
1	2	3														16	
<b>Einzelplan 3.2 - Behörde für Wissenschaft und Forschung</b>																	
47	Erweiterung des Speicher magazins	03.2.3470.701.01	34.0.00000	1.000	0	1.000	2.200	0	2.200	2.200	0	2.200	0	0	0	0	Neuer Titel
46	Übertragbar Deckungs- fähig im Einzelplandeckungs- kreis EDK-032-02.	03.2.3660.701.01	34.0.00000	4.406	3.706	700	3.706	3.706	0	3.706	3.706	0	3.706	3.706	0	0	
46/47	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsmaßnahmen im Anlagenbestand der BWF	03.2.3660.812.04	34.0.00000	613	2.313	-1.700	2.688	2.688	0	488	2.688	-2.200	2.946	2.946	0	0	
45	Zentral veranschlagte Investitionen für Strukturmaßnahmen Sanierung von Studentenwohnheimen einschl. energiesparender Maßnahmen	03.2.3690.893.16	34.0.00000	500	500	0	900	500	400	500	500	0	900	500	400	0	
<b>Gesamtausgaben</b>				<b>6.519</b>	<b>6.519</b>	<b>0</b>	<b>9.494 VE</b>	<b>6.894 VE</b>	<b>2.600 VE</b>	<b>6.894</b>	<b>6.894</b>	<b>0</b>	<b>7.552 VE</b>	<b>7.162 VE</b>	<b>400 VE</b>		
<b>Einzelplan 4 - Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz</b>																	
4, 5, 6, 7, 8, 9, 10	Fördermittel nach §§ 21,23,24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser	04.0.4930.893.79	40.0.00000	79.839	79.839	0	180.000	150.000	30.000	77.810	77.810	0	180.000	150.000	30.000	0	
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>79.839</b>	<b>79.839</b>	<b>0</b>	<b>180.000 VE</b>	<b>150.000 VE</b>	<b>30.000 VE</b>	<b>77.810</b>	<b>77.810</b>	<b>0</b>	<b>180.000 VE</b>	<b>150.000 VE</b>	<b>30.000 VE</b>		
<b>Einzelplan 6 - Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt</b>																	
13	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke. Raumenzuweisung an die Bezirke	06.0.6300.521.81	60.0.00000	7.114	7.114	0	6.000	4.000	2.000	7.122	7.122	0	6.000	4.000	2.000	0	
28	Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße	06.0.6300.741.04	60.0.00000	2.267	1.267	1.000	3.000	3.000	0	2.283	1.283	1.000	3.000	3.000	0	0	
62	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung	06.0.6300.741.11	60.0.00000	8.608	8.608	0	12.000	10.000	2.000	8.711	8.711	0	12.000	10.000	2.000	0	
11	RABT - Sicherheitstechnische Nachrüstung von städtischen Verkehrsmitteln (nur Walkingtunnel)	06.0.6300.741.19	60.0.00000	1.225	1.225	0	16.775	6.000	10.775	2.000	2.000	0	6.000	6.000	0	0	

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 - Nachhaltiges Wachstum

Nr. der Maßnahmenliste	Zweckbestimmung	Titel / Finanzposition	Finanzstelle (Top Fistel)	2009										2010					Bemerkungen
				Beiträge in Tsd. Euro										Beiträge in Tsd. EUR					
				4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
1	2	3		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16			
12	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	06.0.6300.741.81	60.0.00000	9.319	9.319	0	20.000	15.000	5.000	9.319	9.319	0	20.000	15.000	5.000				
28/32	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs	06.0.6300.742.01	60.0.00000	260	2.260	-2.000	0	0	0	260	2.260	-2.000	0	0	0				
32	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen	06.0.6300.891.04	60.0.00000	1.000	0	1.000	0	0	0	1.000	0	1.000	0	0	0				
23	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	06.0.6610.741.01	60.0.00000	5.500	5.500	0	4.000	3.000	1.000	6.400	6.400	0	4.000	3.000	1.000				
24	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Entwicklung d. Straßenbaumbestandes sowie f. bez. Friedhöfe, Rahmenzuweisung an die Bezirke	06.0.6610.741.81	60.0.00000	1.400	1.400	0	1.900	1.400	500	1.400	1.400	0	1.900	1.400	500				
16	Infrastrukturmaßnahmen für die Hafentlastung & Entwicklung der Schlossinsel (i.R. des Leitprojekts "Sprung über die Elbe")	06.0.6610.971.02	60.0.00000	0	0	0	500	0	500	1.650	1.650	0	18.000	14.000	4.000				
17	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen im wasserrechtlichen Zuständigkeitsbereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU)	06.0.6700.741.01	60.0.00000	3.000	3.000	0	4.000	3.000	1.000	3.000	3.000	0	4.000	3.000	1.000				
18	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Bezirke, Zweckzuweisung an die Hamburger Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in der Flussgebietsgemeinschaft Elbe	06.0.6700.745.01	60.0.00000	3.020	3.020	0	3.000	2.000	1.000	3.070	3.070	0	4.000	2.000	2.000				
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>46.975</b>	<b>46.975</b>	<b>0</b>	<b>75.937 VE</b>	<b>51.662 VE</b>	<b>24.275 VE</b>	<b>50.477</b>	<b>50.477</b>	<b>0</b>	<b>83.751 VE</b>	<b>65.761 VE</b>	<b>18.000 VE</b>				

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 -  
Nachhaltiges Wachstum

Nr. der Maßnahmen- liste	Zweckbestimmung	Titel / Finanzposition	Finanzstelle (Top Fiste)	2009						2010						Bemerkungen
				Beträge in Tsd. Euro						Beträge in Tsd. EUR						
				4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1		3														16
<b>Einzelplan 7.0 - Behörde für Wirtschaft und Arbeit</b>																
41	Forschungseinrichtung Seefaracht-Technologie	07.0.7300.892.22	70.0.00000	1.400	1.400	0	3.500	1.500	2.000	1.500	1.500	0	2.000	2.000	0	
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>1.400</b>	<b>1.400</b>	<b>0</b>	<b>3.500 VE</b>	<b>1.500 VE</b>	<b>2.000 VE</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>	<b>0</b>	<b>2.000 VE</b>	<b>2.000 VE</b>	<b>0 VE</b>	
<b>Einzelplan 8.1 - Behörde für Inneres</b>																
1	Beschaffung von Fermeide- und Fernsehantennen	08.1.8550.812.02	80.0.00000	1.363	1.363	0	3.747	1.047	2.700	1.247	1.047	200	2.615	2.615	0	Maßnahmekosten 2.700 Tsd. Euro, entsprechende Erhöhung der VE beim Titel 8500.812.02 in 2009.
1	Erwerb von Spezialgeräten	08.1.8550.812.61	80.0.00000	1.936	1.936	0	2.786	2.786	0	2.586	2.786	-200	3.750	3.750	0	Umschichtung im HPE 09/10 und innerhalb der Finanzplanperiode auf den Titel 8500.812.02 (in 2012).
2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	08.1.8550.428.75	97.0.00000	5.275	5.072	203	0	0	0	5.298	5.095	203	0	0	0	
2	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	08.1.8550.438.75	97.0.00000	475	457	18	0	0	0	477	459	18	0	0	0	4 zusätzliche Stellen (203 Tsd. Euro), höhere Mietkosten u. dgl. (110 Tsd. Euro), einmalige Beschäftigungskosten in 2009
2	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (KRV) und Pächten	08.1.8550.438.93	97.0.00000	16	34	-18	0	0	0	29	47	-18	0	0	0	
2	Mieten und Pächten	08.1.8550.518.75	80.0.00000	8.205	8.095	110	540	540	0	8.416	8.306	110	450	450	0	
2	GB 2009 neu: 8.165 GB 2010 neu: 8.376 Beschaffung von Geräten für den Kampfmittelräumdienst bisheriger Vermerk "weggefallener Ansatz" entfällt	08.1.8550.812.10	80.0.00000	164	0	164	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>17.434</b>	<b>16.957</b>	<b>477</b>	<b>7.073 VE</b>	<b>4.373 VE</b>	<b>2.700 VE</b>	<b>18.063</b>	<b>17.740</b>	<b>313</b>	<b>6.815 VE</b>	<b>6.815 VE</b>	<b>0 VE</b>	
<b>Einzelplan 9.2 - Allgemeine Finanzverwaltung</b>																
59, 60, 61	Global veranschlagte Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik- maßnahmen	09.2.9800.812.56	90.0.00000	56.684	56.684	0	50.000	30.000	20.000	48.420	48.420	0	50.000	30.000	20.000	
<b>Gesamtausgaben / Gesamt-VE</b>				<b>56.684</b>	<b>56.684</b>	<b>0</b>	<b>50.000 VE</b>	<b>30.000 VE</b>	<b>20.000 VE</b>	<b>48.420</b>	<b>48.420</b>	<b>0</b>	<b>50.000 VE</b>	<b>30.000 VE</b>	<b>20.000 VE</b>	
<b>Gesamtausgaben / Gesamtverpflichtungsermächtigung</b>				<b>223.900</b>	<b>223.423</b>	<b>477</b>	<b>392.428 VE</b>	<b>284.453 VE</b>	<b>107.975 VE</b>	<b>222.819</b>	<b>222.506</b>	<b>313</b>	<b>382.518 VE</b>	<b>281.718 VE</b>	<b>100.800 VE</b>	

**Übersicht über die Hamburg-Bund Maßnahmen (Bundeskonzunkturpaketes II)**

<b>Maßnahme</b>	<b>Maßnahmenbeschreibung</b>	<b>Kategorie</b>	<b>vorgesehener Gesamtbetrag für 2009/2010 in Tsd. Euro</b>
BWA1a	Hafenbahn - Überleitverbindung Wilhelmsburg	Infrastruktur	1.400
BWA1b	Hafenbahn - Erweiterung Bahnhof Hohe Schaar (südlicher Teil)	Infrastruktur	3.400
BWA1c	Hafenbahn - Grundinstandsetzung Hafentunnelbrücken	Infrastruktur	4.000
BWA2	Einführung eines IT-gestützten Verkehrsmanagements für den Hafen	Infrastruktur	3.600
BWA3	Errichtung eines Laserzentrums Nord (LZN)	Bildung	13.000
BWA4	Wiederaufbau Ostbake Neuwerk	Infrastruktur	110
BWA5	Hamburger Schiffsbauversuchsanstalt (HSVA)	Bildung	900
BWA6	Hafenbahn - Modernisierung & Optimierung der den Bahntransport im Hafen unterstützenden Systeme	Infrastruktur	8.390
BWA7	Haus des Waldes	Bildung	4.000
<b>Behörde für Wirtschaft und Arbeit</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>38.800</b>
BSU1	Neugestaltung Hansaplatz St. Georg (über 750.000 EUR der HH-Konjunkturoffensive (Ifd. Nr. 602) hinaus)	Infrastruktur	1.000
BSU2	Realisierung Wasserkunst Elbinsel Kaltehofe	Infrastruktur	4.000
BSU3	Bau eines Bestattungsforums Friedhof Ohlsdorf	Infrastruktur	10.000
BSU4a	Förderung der Energieeffizienz und Einbindung der erneuerbaren Energien in die städtische Energieinfrastruktur	Infrastruktur	21.000
BSU4b	Lärmschutz an Straßen und Schienen	Infrastruktur	8.330
<b>Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>44.330</b>
BSB1	Gemeinschaftsflächen "Betreuungsprogramm Schule u. Kita" - Hort in der Schule, Gemeinschaftsmaßnahme mit der BSG, hier BSB-Anteil	Bildung	25.000
BSB2	Aula Jugendmusikschule	Bildung	5.000
BSB3	Sanierung von Lehrschwimmbecken	Bildung	2.000
BSB4	Haus der Lehrerbildung – Fortbildungszentrum für das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung	Bildung	7.000
BSB5	Schulen als Klima-Unternehmer	Bildung	2.000
BSB6	Fachräume, insbesondere Quantensprung – Fachräume für Naturwissenschaften	Bildung	22.334
BSB7	Sportstadt Hamburg – Ausbau von Schulturnhallen in strukturschwachen Gebieten und für Eliteschulen des Sports	Bildung	10.083

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 -  
Nachhaltiges Wachstum

noch Anlage 3

BSB8	Energetische Sanierung: Keine Schule über 200	Bildung	5.583
BSB9	Licht in Schulen	Bildung	4.000
<b>Behörde für Schule und Berufsbildung</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>83.000</b>
BSG00	"Betreuungsprogramm Schule u. Kita" - Hort in der Schule, Gemeinschaftsmaßnahme mit der BSG, hier BSG-Anteil	Bildung	10.000
BSG1	Neubau Wohnstation am Altonaer Kinderkrankenhaus	Infrastruktur	3.000
BSG2	Jugendherberge Horner Rennbahn	Infrastruktur	2.600
BSG3	Erweiterung der Fachklinik des Suchttherapiezentrum Hamburg.	Infrastruktur	500
BSG4a	Bauliche und fachliche Neustrukturierung der Eingliederungshilfeeinrichtungen des Trägers Jugendhilfe e.V.	Infrastruktur	2.000
BSG4b	Verlagerung oder Neubau der stationären Entwöhnungsbehandlung für Drogenabhängige des Trägers Jugendhilfe e.V.	Infrastruktur	2.000
BSG5	Erweiterung der Kälteversorgung des Laborgebäudes Haus 6 auf dem Gelände Marckmannstraße 129 mit einer solaren Klimatisierung.	Infrastruktur	776
BSG7	Ambulantisierung Huckfeld	Infrastruktur	2.500
BSG8	Standortverlagerung Eingliederungshilfeeinrichtung "Soziale Orientierung" des Trägers Jugend hilft Jugend e.V.	Infrastruktur	2.000
BSG9	Einrichtung eines Community - Centers in Hohenhorst	Bildung	1.700
BSG10	Renovierungsoffensive im Bereich der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit	Bildung	100
<b>Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>27.176</b>
BWF1	Umstrukturierung der ehemaligen Pionierkaserne an der Schwarzenbergstrasse in Harburg für Zwecke der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH)	Bildung	10.000
BWF2	Sanierung des Verfügungsgebäudes II für Nanotechnologie der Universität an der Grindelallee	Bildung	4.000
BWF3	Maßnahmen an der Universität	Bildung	20.000
BWF4	Sanierung Wohnheime Studierendenwerk Hagenbeckstraße und Bieberstraße	Bildung	8.000
BWF5	Modernisierung der Chemielabore der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Bergedorf	Bildung	3.500
BWF6	DESY Schullabor	Bildung	400
BWF7	Installation einer Photovoltaik-Anlage im TuTech Gebäude	Bildung	300
BWF8	Energetische Sanierung Mollerstr. 2-4 und 10	Bildung	3.500
BWF9	Technische Infrastruktur-Maßnahmen und Geräte im Wissenschaftsbereich	Bildung	23.000
BWF10	UKE-Psychiatrie-Neubau	Bildung	6.000
BWF11	Diverse Kleinmaßnahmen	Bildung	1.570

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 -  
Nachhaltiges Wachstum

noch Anlage 3

BWF 12	Merdiangebäude Bergedorf	Bildung	500
<b>Behörde für Wissenschaft und Forschung</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>80.770</b>
Bfl2	Digitalfunk in Tunnel der U-Bahn	Infrastruktur	1.210
Bfl1	Neubau Polizeischießanlage	Infrastruktur	10.000
<b>Behörde für Inneres</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>11.210</b>
BKSM1	Ausbau Regattazentrum/Leistungszentrum Rudern und Kanu	Infrastruktur	2.000
BKSM2	Sanierung vereinseigener Sportstätten	Infrastruktur	1.000
BKSM3	Sanierung Laiszhalle	Infrastruktur	3.000
BKSM4	Abbau Investitionsstau Deichtorhallen	Infrastruktur	3.500
BKSM5	Eismeer Hagenbeck	Bildung	7.500
BKSM6	Motte	Bildung	1.000
<b>Behörde für Kultur, Sport und Medien</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>18.000</b>
BA Altona1	Sanierung Betriebs- und Holzof Klövensteen	Infrastruktur	900
BA Altona2	Diverse energetische Instandsetzungen von Kinder- und Jugendeinrichtungen	Bildung	360
BA Bergedorf1	Baumaßnahmen an Sportanlagen	Infrastruktur	200
BA Bergedorf2	Sportanlage Billtalstadion	Infrastruktur	1.000
BA Eimsbüttel	Hochwasserschutzmaßnahmen	Infrastruktur	380
BA Harburg	Verlagerung von Sportboothäfen	Infrastruktur	1.000
BA Nord	Umbau Dienstgebäude Eppendorfer Landstraße	Infrastruktur	260
BA Wandsbek	Auflösung Instandsetzungsstau Sportanlagen	Infrastruktur	2.800
<b>Bezirksämter</b>		<b>Gesamt:</b>	<b>6.900</b>

Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 -  
Nachhaltiges Wachstum

Ansatzänderungen aufgrund des Bundeskonjunkturprogramms

Zweckbestimmung (zum Teil gekürzt)	Titel / Finanzposition	Finanzstelle (Top Fistel)	Haushaltsjahr 2009						Haushaltsjahr 2010						Bemerkungen	
			Beträge in Tsd.EUR			Beträge in Tsd.EUR			Beträge in Tsd.EUR			Beträge in Tsd.EUR				
			Neuer Ansatz 2009	Bisheriger Ansatz 2009	Sp. 4 - Sp. 5 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Neue VE 2009	Bisherige VE 2009	Sp. 7 - Sp. 8 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Neuer Ansatz 2010	Bisheriger Ansatz 2010	Sp. 10 - Sp. 11 mehr (k. Vorz.) weniger (-)	Neue VE 2010	Bisherige VE 2010	Sp. 13 - Sp. 14 mehr (k. Vorz.) weniger (-)		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
<b>Epl. 9.2 - Allgemeine Finanzverwaltung</b>																
<b>Einnahmen</b>																
<b>9890 - Sonstige Einnahmen und Ausgaben</b>																
Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes		09.2.9890.334.01	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 09.2.9890.791.05.																
<b>9990 - Allgemeiner Kreditbedarf, allgemeine Deckungsmittel und Abwicklung der Vorjahre</b>																
Entnahme aus allgemeiner Rücklage		09.2.9990.359.01	677.779	601.179	76.600				82.248	82.248	0					
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>677.779</b>	<b>601.179</b>	<b>76.600</b>				<b>82.248</b>	<b>82.248</b>	<b>0</b>					
<b>Ausgaben</b>																
<b>9890 - Sonstige Einnahmen und Ausgaben</b>																
Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes		09.2.9890.791.05	76.600	0	76.600				0	0	0					
Übertragbar																
Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 09.2.9890.331.01.																
Mittel für einzelne Maßnahmen / Maßnahmengruppen werden auf vorhandene einzurichtende oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen.																
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>76.600</b>	<b>0</b>	<b>76.600</b>				<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>					
<b>Gesamt-VE</b>						<b>VE 0</b>	<b>VE 0</b>	<b>VE 0</b>				<b>VE 0</b>	<b>VE 0</b>	<b>VE 0</b>	<b>VE 0</b>	

**Konjunkturoffensive Hamburg 2009/2010****Änderungen zum Entwurf des Haushaltsbeschlusses 2009/2010**

- **Artikel 5 – Übernahme von Sicherheitsleistungen – wird in Nr. 1 wie folgt geändert :**

„nach dem Verfahren des Gesetzes über die Kreditkommission vom 29. April 1997 im Haushaltsjahr 2009 und im Haushaltsjahr 2010 jeweils bis zur Höhe von **230 Mio. Euro** zur Förderung der Hamburger Wirtschaft. Die Laufzeit einer Sicherheitsleistung, die auf Grund dieser Ermächtigung übernommen wird, darf nicht über den 31. Dezember 2039 oder 2040 festgelegt oder verlängert werden.

Die Ermächtigung des Haushaltsbeschlusses des Vorjahres gilt weiter, soweit im Vorjahr im Einzelfall in Aussicht gestellte Sicherheitsleistungen vertraglich noch nicht übernommen worden sind;“

**Begründung:**

Es ist ein Bürgschaftsvolumen im Haushaltsjahr 2009 und im Haushaltsjahr 2010 jeweils bis zu einer Höhe von **230 Mio. Euro** erforderlich.

- **Artikel 9 – Über- und außerplanmäßige Ausgaben – wird in Nr. 1 wie folgt geändert :**

„Der Senat wird nach § 37 Absatz 6 LHO ermächtigt, zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen im Haushaltsjahr 2009 und im Haushaltsjahr 2010 Mehrausgaben bei übertragbaren Ausgaben jeweils bis zur Höhe von **300 Mio. Euro** als Vorgriffe zu leisten, die auf die nächstjährigen Bewilligungen für den gleichen Zweck anzurechnen sind.“